

**Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009****Gesetz zur Änderung schulrechtlicher Bestimmungen**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Bestimmungen mit der Bitte um Beschlussfassung.

Das Gesetz enthält folgende wesentliche Bestandteile:

- Grundschulen haben einen durch die Stadtgemeinden festgelegten Einzugsbereich. Eltern können Grundschulen anwählen, wenn dort noch Plätze frei sind, wenn es eine Ganztagsgrundschule ist oder wenn ein besonderes Sprach- oder Sportangebot dort vorhanden ist. Die Wahlmöglichkeit der Eltern nach der Grundschule ist gesetzlich gesichert.

Eine Kooperation bis hin zu einem Verbund zwischen Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I ist inhaltlich und vom Lehrereinsatz wünschenswert. Eine darüber hinausgehende Zusammenlegung von Grund- und Oberschulen ist möglich, unterliegt jedoch dem politischen Konsens. Eine solche zusammengelegte Schule ist stadtweit anwählbar.

- Das allgemeinbildende Schulsystem wird im Anschluss an die Grundschule im Kern auf zwei Schularten, die Oberschule und das Gymnasium, konzentriert. Beide vermitteln ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung unter Einbeziehung der Bedingungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt, ermöglichen eine individuelle Schwerpunktbildung und bieten an der persönlichen Leistungsfähigkeit orientierte Anforderung und Förderung an. Damit unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler beim Erreichen des persönlich erreichbaren Abschlusses an der gewählten Schule. Sie befähigen die Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe der Abschlüsse, ihren Bildungsweg in einer Berufsausbildung, in berufs- oder studienqualifizierenden Bildungsgängen oder im Studium fortzusetzen. Die Oberschule ist eine Schule der Vielfalt mit zahlreichen, an der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten Formen der Differenzierung. Sie ermöglicht den Erwerb aller schulischen Abschlüsse. Im Gymnasium ist der Bildungsgang in Inhalt und Lern-tempo auf das Abitur in acht Jahren ausgerichtet. Die Bildungsgänge werden in durchgängigen oder einander zugeordneten Schulen bzw. in Schulverbänden durchgeführt.
- Behinderte und nicht behinderte Kinder werden zunehmend gemeinsam unterrichtet. Die sonderpädagogische Förderung wird deshalb in allgemeinen Schulen ermöglicht werden. Bremen schreibt als erstes Bundesland das Ziel der Inklusion, d. h. die gemeinsame Beschulung aller Kinder, in das Schulgesetz.
- Es wird eine Werkschule als Bildungsgang der berufsbildenden Schulen eingeführt, die Schülerinnen und Schülern, für die anderenfalls die Gefahr besteht, ohne allgemeinen Abschluss die Schule verlassen zu müssen, einen an praktischen Fähigkeiten orientierten Weg zum Abschluss bietet. Es handelt sich um einen dreijährigen Bildungsgang, der auf freiwilliger Basis und nach ausführlicher Beratung angewählt werden kann.
- Die verpflichtende Sprachstandsfeststellung im Elementarbereich wird spätestens im zweiten Halbjahr des fünften Lebensjahres aller Kinder durchgeführt, damit für die notwendige ergänzende Sprachentwicklungsförderung in der Regel ein Jahr bis zur Einschulung zur Verfügung steht. Die gesetzliche Verpflichtung

zur Teilnahme an einer Sprachstandsfeststellung, die in § 36 BremSchulG festgeschrieben ist, wird erweitert auf die Teilnahme an der verpflichtenden Sprachförderung, wenn deren Notwendigkeit sich aus der Testung ergibt.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften, die nach dem Schulverwaltungsgesetz zu beteiligenden Interessenvertretungen und zahlreiche weitere Institutionen waren um Stellungnahme gebeten worden. Folgende Änderungen wurden übernommen:

1. Die Inklusion aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, Staatsbürgerschaft, Religion oder Beeinträchtigung wurde im Schulgesetz festgeschrieben.
2. Es gibt künftig keine eigenständigen Förderzentren oder Zentren für unterstützende Pädagogik. Sonderpädagogische Förderung findet in den allgemeinen Schulen mit Unterstützung durch eingegliederte Zentren für unterstützende Pädagogik statt.
3. Für bestehende Förderzentren werden in § 70 a Schulgesetz Übergangsregelungen getroffen.
4. Für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen bleiben zusätzlich zur inklusiven Beschulung drei Förderzentren als Wahlangebot bestehen: Die Schule für Hörgeschädigte an der Marcusallee, die Schule für Sehgeschädigte An der Gete und die Schule für körperliche und motorische Entwicklung an der Louis-Seegelken-Straße.
5. Neu geschaffen werden in § 14 Schulverwaltungsgesetz sogenannte Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBuZ), die die Aufgaben des Zentrums für schülerbezogene Beratung dezentral wahrnehmen sollen. Schülerinnen und Schüler, deren ihr Lern- und Sozialverhalten dies erforderlich macht oder von denen dauerhafte Störungen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit ausgehen, können vorübergehend in den ReBuZ auch unterrichtet werden.
6. Für künftige Schulverbünde sollen keine einheitlichen Schulverbundleitungen geschaffen werden. Der schulübergreifende Lehrereinsatz in den zukünftigen Schulverbänden soll nicht innerhalb der gleichen Schulstufe, sondern nur stufenübergreifend und nur im Einvernehmen mit der jeweiligen Lehrkraft erfolgen.

Die Deputation für Bildung hat dem Gesetzentwurf auf ihrer Sitzung am 23. April 2009 zugestimmt.

## **Gesetz zur Änderung schulrechtlicher Bestimmungen**

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

### **Artikel 1**

#### **Änderung des Bremischen Schulgesetzes**

Das Bremische Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2005 (Brem.GBl. S. 260, 388, 398 – 223-a-5), das zuletzt durch das Gesetz vom 10. Juni 2008 (Brem.GBl. S.151) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Vor § 13 wird folgende Angabe eingefügt:  
„Abschnitt 1 Allgemeines“.
  - b) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:  
„§ 13 Schulversuche und Reformschulen“.
  - c) Die Angabe zu § 15 wird gestrichen.
  - d) Die Angabe zu § 16 wird wie folgt gefasst:  
„§ 16 Schularten“.
  - e) Die Angabe zu § 17 wird wie folgt gefasst:  
„§ 17 Schulstufen“.

- f) Vor § 18 wird folgende Angabe eingefügt:  
„Abschnitt 2 Allgemeinbildende Schulen“.
  - g) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:  
„§ 20 Oberschule und Gymnasium“.
  - h) Die Angabe zu § 21 wird wie folgt gefasst:  
„§ 21 Erwerb der Abschlüsse in den allgemeinbildenden Schulen“.
  - i) Vor § 22 wird folgende Angabe eingefügt:  
„Abschnitt 3 Besondere Organisationsformen allgemeinbildender Schulen“.
  - j) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:  
„§ 22 Zentrum für unterstützende Pädagogik“.
  - k) Vor § 25 wird folgende Angabe eingefügt:  
„Abschnitt 4 Berufsbildende Schulen“.
  - l) Nach der Angabe zu § 25 wird folgende Angabe eingefügt:  
„§ 25 a Werkschule“.
  - m) Die Angabe zu § 36 wird wie folgt gefasst:  
„§ 36 Einschulungsvoraussetzungen, Sprachförderung“.
  - n) Die Angabe zu § 41 a wird gestrichen.
  - o) Die Angabe zu § 43 wird wie folgt gefasst:  
„§ 43 Andere Formen der Anpassung des Bildungswegs an die Lernentwicklung“.
  - p) Nach der Angabe zu § 47 wird folgende Angabe eingefügt:  
„§ 47 a Maßnahmen zur Sicherheit der Schule“.
  - q) Die Angabe zu § 59 a wird wie folgt gefasst:  
„§ 59 a Aufgaben der sozialpädagogischen Fachkräfte und Betreuungskräfte“.
  - r) Die Angabe zu § 68 wird wie folgt gefasst:  
„§ 68 Sechsjährige Grundschule“.
  - s) Die Angabe zu § 70 wird wie folgt gefasst:  
„§ 70 Sekundarschule, Gesamtschule, Gymnasium und Gymnasiale Oberstufe am Schulzentrum“.
  - t) Nach der Angabe zu § 70 wird folgende Angabe eingefügt:  
„§ 70 a Eigenständige Zentren für unterstützende Pädagogik“.
  - u) Die Angabe zu § 71 wird wie folgt gefasst:  
„§ 71 Zweijähriger Bildungsgang Berufseingangsstufe/Berufsfachschule“.
  - v) Die Angabe zu § 72 wird wie folgt gefasst:  
„§ 72 Werkschulen“
  - w) Die Angabe zu § 73 wird wie folgt gefasst:  
„§ 73 Inkrafttreten“.
2. In § 7 Abs. 1 und § 38 Abs. 4 werden jeweils die Wörter „allgemein bildenden“ durch das Wort „allgemeinbildenden“ und in § 55 Abs. 2 und Abs. 5 jeweils die Wörter „allgemein bildende“ durch das Wort „allgemeinbildende“ ersetzt.
  3. § 1 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:  
„(2) Für Ersatzschulen in freier Trägerschaft gelten, sofern sie nicht Schulen für Gesundheitsfachberufe sind oder es sich um Bildungsgänge von Schulen handelt, die einen Abschluss im Sinne von § 14 a Abs. 2 des Privatschulgesetzes vermitteln, die §§ 2 bis 8, 11, 13 bis 22 und 24 bis 29 ebenfalls, soweit in ihnen der allgemeine

Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, die Gliederung des bremischen Schulsystems und die einzelnen Schularten und Schulstufen inhaltlich und organisatorisch bestimmt sind.“

4. § 2 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Nr. 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
    - „1. Allgemeine Schulen, alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen;
    2. Bildungsgänge in allgemeinbildenden Schulen durch ihre Länge und ihre am Ende verliehene Berechtigung, in berufsbildenden Schulen zusätzlich durch den jeweiligen fachlichen Schwerpunkt bestimmt;“.
  - b) Nr. 5 wird wie folgt gefasst:
    - „5. Sozialpädagogische Fachkräfte und Betreuungskräfte alle an einer Schule beschäftigten sozialpädagogischen Fachkräfte, die an einer Schule erzieherisch und sozialpädagogisch tätig sind und die Schülerinnen und Schüler bilden und betreuen ohne zu unterrichten oder zu unterweisen sowie Personen, die im Rahmen von unterrichtsergänzenden und außerunterrichtlichen Angeboten Schülerinnen und Schüler betreuen;“.
5. § 3 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
  - „(4) Bremische Schulen haben den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Sie sollen im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages die Inklusion aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Staatsbürgerschaft, Religion oder einer Beeinträchtigung in das gesellschaftliche Leben und die schulische Gemeinschaft befördern und Ausgrenzungen Einzelner vermeiden.“
6. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 3 wird nach Satz 3 folgender neuer Satz 4 angefügt:
    - „Insbesondere im Rahmen der Berufsorientierung soll der geschlechtsspezifischen Ausgrenzung beruflicher Bereiche entgegengewirkt werden.“
  - b) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „möglichst“ gestrichen.
  - c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
    - „(5) Der Unterricht und das weitere Schulleben sollen für behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam gestaltet werden. Die Schule hat der Ausgrenzung von jungen Menschen mit Behinderungen entgegenzuwirken. Sie soll Beeinträchtigungen in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen vorbeugen sowie Auswirkungen von Behinderungen mindern und ausgleichen und auf die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler am Schulleben unter Berücksichtigung ihrer Beeinträchtigungen hinwirken.“
7. In § 6 a Abs. 3 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 angefügt:
  - „Stimmt die Schülerin oder der Schüler zu, können die Eltern auch in diesen Fällen unterrichtet werden.“
8. § 9 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Nr. 1 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
    - „Das Schulprogramm ist mit den Verbundschulen, den zugeordneten und den benachbarten Schulen abzustimmen.“
  - b) In Absatz 1 Nr. 3 wird das Wort „ihnen“ durch das Wort „ihr“ ersetzt.
  - c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
    - „(2) Der Unterricht und das weitere Schulleben sollen für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam sein, eine Benachteiligung bestimmter sozialer, ethnischer oder kultureller Gruppen vermeiden und zum Abbau sozialer

Schranken beitragen. Inklusive Unterrichtung und Erziehung sollen Maßnahmen der individuellen Förderung und Herausforderung sowie des sozialen Lernens ausgewogen miteinander verknüpfen. Die Förderung von behinderten Schülerinnen und Schülern soll im gemeinsamen Unterricht erfolgen."

d) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „und Schularten“ gestrichen.

9. In § 10 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 angefügt:

„Lerninteressen und Lernzugänge beider Geschlechter sind angemessen zu berücksichtigen.“

10. § 12 wird wie folgt gefasst:

„(1) Zur Erfüllung ihres Auftrages arbeitet die Schule zusammen mit Institutionen, die allgemein für die Angebote und Hilfe in gesundheitlichen, sozialen, kriminalpräventiven und berufsbezogenen Fragen zuständig sind, insbesondere mit den außerschulischen Bildungs-, Förderungs- und Beratungsangeboten der Kinder- und Jugendhilfe, mit Institutionen des Gesundheitswesens, mit der Polizei, mit den örtlichen Beiräten sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen der Region, einschließlich der Kirchen, der im Sinne von Artikel 61 der Landesverfassung anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und der Einrichtungen der Weltreligionen sowie mit der Arbeitswelt der Region. Die Schule soll sich auch bemühen, internationale Kontakte zu pflegen.

(2) Die Schulen sind berechtigt und sollen das Jugendamt über offenkundige Anhaltspunkte einer Gefährdung des Kindeswohls im Sinne des § 8 a des Achten Sozialgesetzbuches SGB VIII unterrichten, soweit die Gefährdung nicht durch schulische Maßnahmen und die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten nach § 6 zu beheben ist. Die Erziehungsberechtigten sind über die Mitteilung in Kenntnis zu setzen. Eine Verpflichtung zur Kenntnissgabe besteht nicht, soweit dadurch eine zusätzliche Gefährdung des Kindes entsteht oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Die Schule wirkt in ihrem Rahmen an abgestimmten Hilfeplanmaßnahmen des Jugendamtes mit.“

11. Vor § 13 wird nach der Kapitelüberschrift „Schulstruktur“ folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 1 Allgemeines“.

12. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13 Schulversuche und Reformschulen

(1) Schulversuche erproben neue Konzeptionen zur Weiterentwicklung der Schulen im Sinne der §§ 4 bis 6 sowie 8 und 9 oder neue Formen der Schulorganisation. Schulversuche weichen von den geltenden Vorschriften ab und werden befristet eingerichtet.

(2) Reformschulen sind Schulen, die einem geschlossenen reformpädagogischen Gesamtkonzept folgen. Sie können von den Regelungen für die eingerichteten Schularten insbesondere in ihrer Organisation und in der Gestaltung des Unterrichts abweichen und dauerhaft eingerichtet werden.

(3) Schulversuche und Reformschulen werden von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft eingerichtet und aufgelöst oder auf Antrag genehmigt. Die jeweiligen Abweichungen von den eingerichteten Schularten werden durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der Fachaufsicht und der Schule konkretisiert. Eingerichtete und genehmigte Reformschulen werden öffentlich bekannt gemacht. Der Besuch von Schulversuchen und Reformschulen ist freiwillig.

(4) Das Nähere über Inhalt und Form der Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die Mindestanforderungen an Schulversuche und Reformschulen sowie die Veröffentlichung der eingerichteten oder genehmigten Reformschulen regelt eine Rechtsverordnung.“

13. § 14 wird wie folgt geändert :

a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

14. § 15 wird aufgehoben.

15. § 16 erhält folgende Fassung:

„§ 16 Schularten

(1) Schularten sind

1. als allgemeinbildende Schulen
  - a) die Grundschule
  - b) die Oberschule
  - c) das Gymnasium
  - d) die Schule für Erwachsene
2. als berufsbildende Schulen
  - a) die Berufsschule
  - b) die Berufsfachschule
  - c) die Berufsaufbauschule
  - d) das Berufliche Gymnasium
  - e) die Fachoberschule
  - f) die Berufsoberschule
  - g) die Fachschule.

(2) Eine Schulart kann verschiedene Bildungsgänge umfassen. Werkschule, ausbildungsvorbereitende und doppelqualifizierende Bildungsgänge können einer Schulart zugeordnet werden.“

16. § 17 erhält folgende Fassung:

„§ 17 Schulstufen

(1) Die Primarstufe umfasst die Jahrgangsstufen 1 bis 4.

(2) Die Sekundarstufe I umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10 im achtjährigen zum Abitur führenden Bildungsgang die Jahrgangsstufen 5 bis 9.

(3) Die Sekundarstufe II umfasst die Gymnasiale Oberstufe und die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen.“

17. Vor § 18 wird folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 2 Allgemeinbildende Schulen“.

18. § 18 Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben.

19. § 20 erhält folgende Fassung:

„§ 20 Oberschule und Gymnasium

(1) Die an die Grundschule anschließenden Schularten sind die Oberschule und das Gymnasium. Sie vermitteln ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung unter Einbeziehung der Bedingungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt, ermöglichen eine individuelle Schwerpunktbildung und bieten an der persönlichen Leistungsfähigkeit orientierte Förderung und Herausforderungen. Damit unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler beim Erreichen des jeweiligen Abschlusses an der gewählten Schule. Sie befähigen die Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg in einer Berufsausbildung, in berufs- oder studienqualifizierenden Bildungsgängen oder im Studium fortzusetzen. Mit der Unterrichtung mehrerer Fächer in einer Fremdsprache oder durch ein verstärktes Unterrichtsangebot in der jeweiligen Fremdsprache (bilinguale Profile) können weitere Berechtigungen verbunden sein.

(2) Die Oberschule führt in einem neunjährigen Bildungsgang zum Abitur, der einen sechsjährigen zur Erweiterten Berufsbildungsreife oder zum Mittleren Schulabschluss führenden Bildungsgang einschließt. Die Oberschule kann auch in einem achtjährigen Bildungsgang zum Abitur führen. Ihr Unterrichtsangebot ist auf die unterschiedlichen Abschlüsse ausgerichtet. Der Unterricht in der Ober-

schule berücksichtigt die Neigungen und die Lernfähigkeit der einzelnen Schülerinnen und Schüler durch eine zunehmende Differenzierung auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus und führt zu den entsprechenden Abschlüssen. Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I der Oberschule wird ermöglicht, mindestens zwei Fremdsprachen zu erlernen. Oberschulen können nach Entscheidung der Stadtgemeinden auch die Jahrgangsstufen 1 bis 4 oder berufsbildende Bildungsgänge umfassen. Das Nähere zu der Gestaltung der Bildungsgänge und zum Wechsel zwischen ihnen sowie das Maß und das Verfahren von Differenzierung und Individualisierung regelt eine Rechtsverordnung.

(3) Das Gymnasium führt in einem achtjährigen Bildungsgang zum Abitur. Sein Unterrichtsangebot ist auf das Abitur ausgerichtet. Der Unterricht im Gymnasium berücksichtigt die Lernfähigkeit der Schülerinnen und Schüler mit einem erhöhten Lerntempo auf einem Anforderungsniveau, ermöglicht aber auch den Erwerb der anderen Abschlüsse. Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I des Gymnasiums müssen mindestens zwei Fremdsprachen erlernen. Das Nähere zu der Gestaltung des Bildungsganges regelt eine Rechtsverordnung.

(4) Die Gymnasiale Oberstufe beginnt mit der einjährigen Einführungsphase. Ihr folgt die zweijährige Qualifikationsphase. Der Unterricht wird in einem System von verbindlichen und fakultativen Unterrichtsveranstaltungen mit individuell wählbaren Profilen und Schwerpunktbildungen organisiert. Die Gymnasiale Oberstufe schließt mit der Abiturprüfung, in bilingualen Profilen gegebenenfalls auch mit zusätzlichen Prüfungen für internationale Berechtigungen ab. Die Unterrichtsorganisation in der Einführungsphase und der Qualifikationsphase sowie das Nähere über Kursbelegungsverpflichtungen und die Höchstverweildauer regelt eine Rechtsverordnung."

20. § 21 erhält folgende Fassung:

„§ 21 Erwerb der Abschlüsse in den allgemeinbildenden Schulen

(1) Die Abschlüsse werden durch eine Prüfung erworben.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann durch Rechtsverordnung bestimmt werden, dass die Einfache Berufsbildungsreife nach der Jahrgangsstufe 9, der Mittlere Schulabschluss oder der schulische Teil der Fachhochschulreife nach dem ersten Jahr der Qualifikationsphase zuerkannt wird, wenn bestimmte Mindestleistungen erbracht wurden."

21. Vor § 22 wird folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 3 Besondere Organisationsformen allgemeinbildender Schulen".

22. § 22 erhält folgende Fassung:

„§ 22 Zentrum für unterstützende Pädagogik

(1) Sonderpädagogische und weitere unterstützende pädagogische Förderung wird in den allgemeinen Schulen durch eingegliederte Zentren für unterstützende Pädagogik gewährleistet. Das Zentrum für unterstützende Pädagogik unterstützt die Schule bei der inklusiven Unterrichtung.

(2) Durch das Zentrum für unterstützende Pädagogik werden Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Behinderung, ihrem sonderpädagogischen Förderbedarf und ihrer individuellen Problemlage betreut, erzogen und soweit nötig unterrichtet. Es kann dafür auch therapeutische, soziale und sonstige Hilfen außerschulischer Träger einbeziehen.

(3) Zentren für unterstützende Pädagogik haben die Aufgabe, die allgemeine Schule in allen Fragen sonderpädagogischer und weiterer unterstützender pädagogischer Förderung zu beraten und zu unterstützen.

(4) In den allgemeinen Schulen können Zentren für unterstützende Pädagogik eingerichtet werden, die sich nach der Art ihrer sonderpädagogischen Förderschwerpunkte und nach dem Angebot an Bildungsgängen unterscheiden. Die einzelnen Förderschwerpunkte von Zentren für unterstützende Pädagogik, ihre jeweiligen Bildungsgänge und deren Dauer sowie das Nähere über die wegen der Form der Behinderung notwendigen Abweichungen von den Zeugnis- und Versetzungsbestimmungen regelt eine Rechtsverordnung."

23. § 23 erhält folgende Fassung:

„§ 23 Ganztagschulen

(1) Die Schularten nach §§ 18 bis 20 und 22 können auch als Ganztagschulen betrieben werden.

(2) Die Ganztagschule verbindet Unterricht und unterrichtsergänzende Angebote zu einer pädagogischen und organisatorischen Einheit (Lernzeit) an Vor- und Nachmittagen. Die Schule kann zusätzliche Betreuungsangebote vorhalten.

(3) Die Ganztagschule verpflichtet alle Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an der Lernzeit. Die Teilnahme an zusätzlichen Betreuungsangeboten kann ganz oder teilweise verpflichtend sein. Sie hält geeignete Unterstützungs- und Förderangebote für behinderte Schülerinnen und Schüler bereit.

(4) Das Nähere über die Voraussetzungen einer Umwandlung einer Schule in eine Ganztagschule, über die Dauer und Gestaltung der täglichen Lernzeit und der verbindliche durch die jeweilige Schulkonferenz auszufüllende Rahmen für die Teilnahmepflicht an den zusätzlichen Betreuungsangeboten sowie die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen regelt eine Rechtsverordnung.“

24. § 24 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Ziele der Sekundarschule und des Gymnasiums“ durch die Wörter „Erweiterte Berufsbildungsreife, den Mittleren Schulabschluss und das Abitur“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Bildungsgänge“ die Wörter „zum Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und zum Mittleren Schulabschluss führenden“ eingefügt und die Wörter „der Sekundarschule“ gestrichen.

c) In Absatz 3 wird das Wort „Die“ durch das Wort „Diese“ ersetzt und die Wörter „der Sekundarschule“ gestrichen.

d) In Absatz 4 wird im Klammerzusatz das Wort „Gymnasium“ durch die Wörter „Gymnasiale Oberstufe“ ersetzt.

e) In Absatz 6 Nr. 2 werden vor dem Wort „Bildungsgänge“ die Wörter „zum Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und zum Mittleren Schulabschluss führenden“ eingefügt und die Wörter „der Sekundarschule“ gestrichen.

f) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Der zum Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und des Mittleren Schulabschlusses führende Schulbereich ist im Sinne dienstrechtlicher Vorschriften der Sekundarstufe I zugeordnet, der gymnasiale Bereich der Sekundarstufe II. Die Erwachsenenschulen können eine Abteilung für außerschulische und schulische Prüfungen enthalten.“

25. Vor § 25 wird folgende Angabe eingefügt:

„Abschnitt 4 Berufsbildende Schulen“.

26. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Das nach Berufsbereichen gegliederte Berufsgrundbildungsjahr ist im jeweiligen Berufsbereich Grundstufe der Berufsausbildung.“

bb) Folgender neuer Satz 3 wird eingefügt:

„Der Unterricht im Berufsgrundbildungsjahr wird in Vollzeitform erteilt.“

cc) In dem neuen Satz 4 wird das Wort „Lerninhalte“ durch die Wörter „Kenntnisse und Kompetenzen“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 5 wird gestrichen.



- bb) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „während der berufsfeldbreiten Grundbildung ein Drittel der Unterrichtszeit“ gestrichen.
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:
- „(3) Schülerinnen und Schüler, die im Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen gefördert werden, können nach Erfüllung der Schulpflicht in der Berufsschule unterrichtet werden, sofern die personellen, räumlichen und schulorganisatorischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind und die erforderliche Betreuung durch die außerschulischen Kostenträger des Berufsbildungsbereichs gesichert ist.“
27. Nach § 25 wird folgender neuer § 25 a eingefügt:
- „§ 25 a Werkschule
- (1) Die Stadtgemeinden können Werkschulen einrichten, die an berufsbildenden Schulen angegliedert werden. Sie können ausnahmsweise als eigenständige Schulen organisiert werden.
- (2) Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 können sich um Aufnahme in den Bildungsgang bewerben. Die Anwahl dieses Bildungsganges ist freiwillig. Eine Aufnahmekommission entscheidet über die Aufnahme.
- (3) Der Bildungsgang dauert drei Jahre und umfasst die Jahrgangsstufen 9 bis 11. Mit einem bestimmten Notenbild kann am Ende der Jahrgangsstufe 10 die Einfache Berufsbildungsreife erlangt werden. Am Ende der Jahrgangsstufe 11 steht die Prüfung zur Erweiterten Berufsbildungsreife.
- (4) Das Nähere zum Aufnahmeverfahren, zu dem Notenbild nach Absatz 3 sowie zu den organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen und der Gestaltung des Bildungsganges regelt eine Rechtsverordnung.“
28. § 26 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 3 wird nach dem Wort „ab“ das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der nachfolgende Satzteil gestrichen.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:
- „(3) Setzt der Erwerb der Berufsqualifikation ein Praktikum voraus, schließt dieses in Form einer gelenkten fachpraktischen Ausbildung an die bestandene, den Vollzeitunterricht abschließende Prüfung an. Die Art und die Dauer des jeweiligen Bildungsganges, die Zulassungsvoraussetzungen sowie die Voraussetzungen des Abschlusses regelt eine Rechtsverordnung.“
29. § 28 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Die Fachoberschule baut auf dem Mittleren Schulabschluss auf und vermittelt vertiefte allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Kompetenzen und führt zur Fachhochschulreife. Die Fachoberschule gliedert sich in einen zweijährigen Bildungsgang mit den Jahrgangsstufen 11 und 12 sowie einen einjährigen Bildungsgang mit der Jahrgangsstufe 12. Die Bildungsgänge schließen mit einer Prüfung ab.“
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „den zweijährigen Bildungsgängen“ durch die Wörter „dem zweijährigen Bildungsgang“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „den einjährigen Bildungsgängen“ durch die Wörter „dem einjährigen Bildungsgang“ und in Absatz 3 Satz 3 die Wörter „die einjährigen Bildungsgänge“ durch die Wörter „den einjährigen Bildungsgang“ ersetzt.
- d) Dem Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) Die Art und die Dauer des jeweiligen Bildungsganges sowie die Zulassungsvoraussetzungen regelt eine Rechtsverordnung.“

30. In § 28 a Abs. 1 Satz 6 werden nach dem Wort „Zulassung“ die Wörter „zum Beruflichen Gymnasium, die Kursbelegungsverpflichtungen“ durch ein Komma und die Wörter „die Unterrichtsorganisation“ ersetzt.
31. § 30 wird wie folgt gefasst:  
„§ 30 Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge  
In den berufsbildenden Schulen können für Schulpflichtige ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge eingerichtet werden. Sie sind, soweit sie Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation oder Lehrgänge zur Vorbereitung auf die berufliche Erstausbildung begleiten, als Teilzeitunterricht, im Übrigen als Vollzeitunterricht organisiert. Der Unterricht schließt mit einer Prüfung ab, wenn der Schüler oder die Schülerin dadurch einen gegenüber seinen oder ihren bisherigen Abschlüssen höherwertigen Abschluss erreichen kann. Die Art und die Dauer des jeweiligen Bildungsganges, die Zulassungsvoraussetzungen sowie die förderungsrechtliche Einstufung der Schülerinnen und Schüler regelt eine Rechtsverordnung.“
32. In § 31 Satz 3 werden die Wörter „jeweilige Zugangsberechtigungen“ durch die Wörter „jeweiligen Zulassungsvoraussetzungen“ ersetzt.
33. § 32 wird wie folgt gefasst:  
„§ 32 Weiterführende Abschlüsse  
In den berufsbildenden Schulen können über ein Angebot von Ergänzungskursen und Zusatzprüfungen weiterführende Abschlüsse und Zusatzqualifikationen erworben werden. Das Nähere über die Art der Abschlüsse und Zusatzqualifikationen, die Art und Dauer der Zusatzprüfungen und Ergänzungskurse sowie deren Zulassungsvoraussetzungen regelt eine Rechtsverordnung.“
34. § 33 wird wie folgt geändert:  
a) In Absatz 1 wird das Wort „beruflichen“ durch die Wörter „Bildungsgängen der berufsbildenden“ ersetzt.  
b) In Absatz 4 Satz 3 wird das Wort „Schulaufsicht“ durch das Wort „Fachaufsicht“ ersetzt.
35. In § 34 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „(§ 44 Abs. 4)“ gestrichen.
36. § 35 wird wie folgt gefasst:  
„§ 35 Sonderpädagogische Förderung  
(1) Behinderte und von Behinderung bedrohte Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung. Sie unterstützt und begleitet diese Schülerinnen und Schüler durch individuelle Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung im Rahmen der Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Bildungsgänge.  
(2) Sonderpädagogischer Förderbedarf umschreibt individuelle Förderbedürfnisse im Sinne spezieller unterrichtlicher und erzieherischer Erfordernisse, deren Einlösung eine sonderpädagogische Unterstützung oder Intervention nötig macht. Sonderpädagogischer Förderbedarf besteht bei Kindern und Jugendlichen, die in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie im Unterricht ohne sonderpädagogische Unterstützung nicht hinreichend gefördert werden können.  
(3) Auf der Grundlage förderdiagnostischer Gutachten werden die individuellen Förderbedürfnisse ermittelt. Das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülerinnen und Schülern wird vor der Einschulung oder während des späteren Schulbesuchs auf Antrag der jeweiligen Schule nach Beratung mit dem zuständigen Zentrum für unterstützende Pädagogik, der Erziehungsberechtigten, des zuständigen Gesundheitsamtes oder auf eigene Entscheidung in Verantwortung der Fachaufsicht durchgeführt. Die Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs setzt die Beteiligung der Erziehungsberechtigten, ein förderdiagnostisches Gutachten, ein schulärztliches Gutachten und auf Wunsch der Erziehungsberechtigten auch ein schulpyschologisches Gutachten voraus. Die jeweiligen Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, an den notwendigen Untersuchungen, einschließlich schulischer Testverfahren, mitzuwirken und sich der schulärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Widersprechen

Erziehungsberechtigte dem Verfahren zur Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, kann bei Nachteilen für den Schüler oder die Schülerin die zuständige Schulbehörde auf der Grundlage einer weiteren Überprüfung, die durch Rechtsverordnung zu regeln ist, die Durchführung des Verfahrens veranlassen.

(4) Ein Entwicklungsplan des Landes zur schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an unterstützender Pädagogik und sonderpädagogischer Förderung soll Perspektiven und Maßnahmen für die Realisierung des Auftrags nach § 4 Abs. 5 aufzeigen. Die schulische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an unterstützender Pädagogik und sonderpädagogischer Förderung ist Auftrag des gesamten Schulsystems. Alle Schulen müssen Perspektiven und Maßnahmen für die Realisierung des Auftrags nach § 4 Abs. 5 erarbeiten.

(5) Das Nähere über das Verfahren zur Feststellung des Förderbedarfs nach Absatz 3, über den Förderort, über die Art der zu erwerbenden Berechtigungen und über das Verfahren zur Entscheidung über Form und Inhalt der sonderpädagogischen Förderung in der allgemeinen Schule regelt eine Rechtsverordnung."

37. § 36 wird wie folgt gefasst:

„§ 36 Einschulungsvoraussetzungen, Sprachförderung

(1) Bis zum 31. Mai eines jeden Jahres findet in der Regel am Standort der zuständigen Grundschule bei allen Kindern, die im folgenden Kalenderjahr regelmäßig schulpflichtig werden, eine Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache (Sprachstandsfeststellung) statt, an der teilzunehmen jedes Kind verpflichtet ist.

(2) Kinder, deren deutsche Sprachkenntnisse nach der Sprachstandsfeststellung nicht ausreichen, um dem Unterricht sprachlich zu folgen, sind verpflichtet, im Jahr vor der Einschulung nach näherer Bestimmung durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft an besonderen schulischen oder außerschulischen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. Das Nähere, insbesondere zur Form und zu den Anforderungen der Sprachstandsfeststellung, Ort, Dauer und Trägerschaft der Maßnahmen regelt eine Rechtsverordnung.

(3) Schülerinnen und Schüler, die nicht über die für den Schulbesuch erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügen, beginnen ihre Schulzeit mit einem mehrmonatigen Sprachförderkurs, nach dessen erfolgreicher Teilnahme, spätestens mit Beendigung des Kurses, sie in die Jahrgangsstufe überwechseln, der sie bereits zu Beginn zugeordnet wurden. Das Nähere über die Anforderungen an die Sprachkenntnisse als Voraussetzung für die Einschulung regelt eine Rechtsverordnung.

(4) Im Jahr vor der Einschulung findet eine schulärztliche Untersuchung statt, an der teilzunehmen jedes Kind verpflichtet ist. Wenn Schülerinnen und Schüler, deren Einschulung in eine höhere als die 1. Jahrgangsstufe erfolgen soll, noch nicht in einem anderen Bundesland eine öffentliche Schule oder private Ersatzschule besucht haben, sind auch sie zur Teilnahme an einer schulärztlichen Untersuchung verpflichtet.

(5) Kinder mit Behinderungen können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zusätzlich bereits im Jahr vor der Untersuchung nach Absatz 4 an einer schulärztlichen Untersuchung teilnehmen."

38. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der schulische Bildungsweg fängt mit Beginn der Schulpflicht in der Grundschule an."

bb) In Satz 2 werden die Wörter „einer Schulart" durch die Wörter „eines Bildungsganges" ersetzt,

cc) Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

b) In Absatz 3 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 angefügt:

„Die Jahrgangsstufe am Ende eines Bildungsganges kann im Einvernehmen zwischen der Schule und der Schülerin oder dem Schüler, bei Minderjährigkeit ihrer Erziehungsberechtigten, freiwillig auch dann einmal wiederholt werden, wenn zu erwarten ist, dass der Schüler oder die Schülerin in der neuen Jahrgangsstufe seinen oder ihren Abschluss verbessern kann, um die Berechtigung zur Fortsetzung seines Bildungsweges in bestimmten weiterführenden Bildungsgängen zu erlangen.“

- b) Absatz 4 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4; der neue Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Abschlüsse, die in den in § 20 genannten Schularten erworben werden können, berechtigen je nach Art des Bildungsganges zum Eintritt in bestimmte weiterführende Bildungsgänge.“

- d) Absatz 6 wird aufgehoben.

39. § 37 a wird wie folgt gefasst:

„§ 37a Übergang von der Grundschule in weiterführende Bildungsgänge

Am Ende des Bildungsganges der Grundschule wählen die Erziehungsberechtigten nach Beratung durch die Grundschule den weiteren Bildungsgang für ihr Kind. Nehmen die Erziehungsberechtigten nicht an der Beratung teil, weist die Grundschule den Schüler oder die Schülerin einer Schulart zu. Die Aufnahme an der jeweiligen Schule erfolgt nach §§ 6 bis 6 b des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes.“

40. § 38 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „nach Möglichkeit“ gestrichen.
- b) Absatz 2 Satz 3 wird gestrichen.

41. § 40 Abs. 4 Satz 2 werden die Wörter „Prüfungsleistung zu wiederholen“ durch die Wörter „Teilleistung für nicht bestanden zu erklären“ ersetzt.

42. § 42 wird wie folgt gefasst:

„§ 42 Versetzung, Nichtversetzung

(1) Am Ende der Sekundarstufe I der zum Abitur führenden Bildungsgänge wird über die Zuweisung eines Schülers oder einer Schülerin in die Gymnasiale Oberstufe entschieden. In der Gymnasialen Oberstufe, im Beruflichen Gymnasium, im doppelqualifizierenden Bildungsgang der Berufsfachschule für Assistenten mit dem Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife, im Abendgymnasium und im Kolleg wird am Ende der Eingangsphase oder des ersten Ausbildungsjahres über die Zuweisung in die Qualifikationsphase oder in den nächsten Ausbildungsabschnitt entschieden. An den berufsbildenden Schulen, die nicht zum Abitur führen, mit Ausnahme der Berufsschule und der einjährigen beruflichen Bildungsgänge wird nach jedem Ausbildungsabschnitt über den Wechsel in den nächsthöheren Ausbildungsabschnitt entschieden. Der Ausbildungsabschnitt kann ein Schuljahr oder ein Schulhalbjahr umfassen.

(2) Die Zuweisung in die Gymnasiale Oberstufe, in die Qualifikationsphase der Gymnasialen Oberstufe oder in den nächsten Ausbildungsabschnitt erfolgt, wenn eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der jeweils nächsten Stufe oder des nächsten Ausbildungsabschnitts zu erwarten ist (Versetzung). Entsprechen die Lernfortschritte nicht den Anforderungen und ist zu erwarten, dass die Versetzung die Entwicklung des Schülers oder der Schülerin beeinträchtigt, muss die Stufe oder der Ausbildungsabschnitt wiederholt werden (Nichtversetzung). Die Entscheidung trifft die Versetzungskonferenz, in Ausnahmefällen die Fachaufsicht.“

43. § 43 wird wie folgt gefasst:

„§ 43 Andere Formen der Anpassung des Bildungsweges an die Lernentwicklung

(1) In den Jahrgangsstufen, in denen der Unterricht leistungsdifferenziert erfolgt, entscheiden über die Ersteinstufung die Erziehungsberechtigten unter Berücksichtigung der Empfehlung der Schule. Über Umstufungen entscheidet die Zeugniskonferenz aufgrund der erbrachten Leistungen in den einzelnen Fächern unter

angemessener Berücksichtigung der Lernentwicklung während des Schulhalbjahres und der Gesamtpersönlichkeit der Schülerin oder des Schülers.

(2) Wird in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen ein Abschnitt in einem Bildungsgang mit einer Teilprüfung abgeschlossen, ist das Bestehen Voraussetzung für die Aufnahme in die nächsthöhere Jahrgangsstufe oder den nächsthöheren Ausbildungsabschnitt.

(3) Hat ein Schüler oder eine Schülerin eine Prüfung am Ende oder während eines Bildungsganges nicht bestanden, ist er oder sie berechtigt, die letzte Jahrgangsstufe einmal zu wiederholen. Wird auch dann die Prüfung nicht bestanden, verlässt er oder sie die Schule ohne Abschluss. Ein Anspruch auf Wiederholung der Jahrgangsstufe besteht nicht, wenn dem Schüler oder der Schülerin bei der Aufnahme in den Bildungsgang bekannt war, dass mit ihrem Jahrgang der Bildungsgang ausläuft."

44. § 44 wird wie folgt gefasst:

„§ 44 Verlassen des Bildungsganges

(1) Hat eine Schülerin oder ein Schüler eine Prüfung während eines Bildungsganges oder an dessen Ende oder eine Teilprüfung nach § 43 Abs. 2 auch im Wiederholungsfall nicht bestanden, muss er oder sie durch Entscheidung des Schulleiters oder der Schulleiterin den Bildungsgang verlassen ohne Anspruch auf Aufnahme in einen anderen Bildungsgang derselben Schulart.

(2) Das Gleiche gilt, wenn eine Schülerin oder ein Schüler trotz eines Angebots von besonderen Fördermaßnahmen zweimal in derselben Jahrgangsstufe oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahrgangsstufen eines Bildungsganges nicht versetzt werden konnte. In der Gymnasialen Oberstufe, im Beruflichen Gymnasium, im doppelqualifizierenden Bildungsgang der Berufsfachschule für Assistenten mit dem Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife, im Abendgymnasium und im Kolleg muss die Schülerin oder der Schüler den Bildungsgang verlassen, wenn er oder sie wegen Nichterfüllung der Prüfungsvoraussetzungen innerhalb der Höchstverweildauer nicht zur Abiturprüfung zugelassen werden kann. Schülerinnen und Schüler von beruflichen Vollzeitbildungsgängen müssen den Bildungsgang ohne Anspruch auf Wiederholung verlassen, wenn sie nicht innerhalb des ersten Schulhalbjahres, bei zweijährigen Bildungsgängen des ersten Schuljahres, bestimmte Mindestleistungen erbracht haben.

(3) Bleibt eine nicht mehr schulpflichtige Schülerin oder ein nicht mehr schulpflichtiger Schüler im Verlauf eines Zeitraums von vier Unterrichtswochen mindestens drei Tage oder innerhalb eines Schulhalbjahres mindestens sechs Tage dem Unterricht unentschuldig fern, entscheidet auf Antrag der Schulleiterin oder des Schulleiters die Fachaufsicht über die Entlassung; dies gilt auch, wenn die Schülerin oder der Schüler im Verlauf von vier Unterrichtswochen mindestens acht Unterrichtsstunden auf mehr als drei Tage verteilt oder innerhalb eines Schulhalbjahres mindestens 21 Unterrichtsstunden auf mehr als sechs Tage verteilt dem Unterricht unentschuldig fernbleibt. Ein Anspruch auf Aufnahme in eine andere Schule besteht nicht. Hat die Schülerin oder der Schüler das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet, ist das Jugendamt zu beteiligen, wenn die Besonderheit des Falles dies angezeigt erscheinen lässt."

45. § 45 wird wie folgt gefasst:

„§ 45 Verordnungsermächtigung

Das Nähere zu den §§ 42 bis 44 regeln Rechtsverordnungen. Dabei sind die Zusammensetzung der Versetzungskonferenz und die Bedingungen für eine Versetzung sowie die jeweilige Dauer eines Ausbildungsabschnittes in Bildungsgängen an berufsbildenden Schulen festzulegen."

46. § 47 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Erforderlich ist die besondere pädagogische Begleitung insbesondere in Fällen der Verletzung der Würde von Mädchen, Frauen, Homosexuellen und der von kulturellen, ethnischen und religiösen Gruppen durch alle Formen der Gewalt."

47. § 47 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Eine Schülerin oder ein Schüler, durch deren oder dessen Schulbesuch die Sicherheit von Menschen erheblich gefährdet wird, kann vom Besuch

aller öffentlichen Schulen im Land Bremen ausgeschlossen werden, wenn eine Änderung des schulischen Verhaltens der Schülerin oder des Schülers auch für die Zukunft nicht erwartet werden kann. Der Ausschluss darf nur in der Sekundarstufe II und der Schule für Erwachsene angeordnet werden."

b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Erziehungsberechtigten“ die Wörter „und dem Jugendamt“ eingefügt.

c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Eine vom Schulbesuch ausgeschlossene Schülerin oder ein vom Schulbesuch ausgeschlossener Schüler ist von der Fachaufsicht auf Antrag wieder zum Schulbesuch zuzulassen, wenn Tatsachen die Erwartung rechtfertigen, dass durch den Schulbesuch der Schülerin oder des Schülers die Sicherheit von Menschen nicht mehr erheblich gefährdet wird. Der Antrag kann erstmalig sechs Monate nach der Entscheidung über den Ausschluss gestellt werden.“

48. § 55 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird das Wort „erweiterten“ durch das Wort „Erweiterten“ ersetzt und nach den Wörtern „allgemeinbildende Schule“ die Wörter „oder die Werkschule“ eingefügt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Jugendliche können ihre Schulpflicht nach der 8. Jahrgangsstufe in der Werkschule an einer berufsbildenden Schule erfüllen. Der Besuch der Werkschule wird mit zwei Jahren auf die Vollzeitschulpflicht angerechnet.“

c) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Schülerinnen und Schüler können von der Fachaufsicht zur Erfüllung ihrer Schulpflicht vorübergehend einem Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum nach § 14 Abs. 2 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes zugewiesen werden, wenn sein oder ihr Lern- und Sozialverhalten dies erforderlich macht oder von ihr oder ihm dauerhafte Störungen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in seiner oder ihrer Schule zu vermeiden und die Maßnahmen nach §§ 46, 47 zuvor erfolglos geblieben sind. Die Zuweisung soll zwei Schuljahre nicht überschreiten.“

d) Die bisherigen Absätze 4 bis 8 werden Absätze 5 bis 9.

e) Der neue Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „berufliche“ durch das Wort „berufsbildende“ ersetzt,

bb) In Satz 3 werden die Wörter „eine berufliche“ durch die Wörter „einen Bildungsgang an einer berufsbildenden“ ersetzt.

49. In § 57 Abs. 2 wird das Wort „Schulaufsicht“ durch das Wort „Fachaufsicht“ ersetzt.

50. In § 59 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „soweit wie möglich“ gestrichen.

51. In § 59 a werden vor dem Wort „Betreuungskräfte“ die Wörter „Sozialpädagogische Fachkräfte und“ eingefügt.

52. § 59 b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt gefasst:

„Dieser Verpflichtung muss das Verhalten der Lehr-, sozialpädagogischen Fach- und Betreuungskräfte in der Schule gerecht werden. Die Lehrkräfte, die sozialpädagogischen Fachkräfte und die Betreuungskräfte müssen in jedem Fach auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Schülerinnen und Schüler sowie auf das Recht der Erziehungsberechtigten Rücksicht nehmen, ihren Kindern in Glaubens- und Weltanschauungsfragen Überzeugungen zu vermitteln.“

b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 59 Abs. 3“ um die Angabe „und Abs. 4“ ergänzt.

53. § 61 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:  
 „(1) Die Erziehungsberechtigten haben ein Recht auf regelmäßige Information durch die Lehr-, sozialpädagogischen Fach- und Betreuungskräfte.“
54. In § 62 Abs. 3 Satz 3 wird das Wort „Teilzeitschule“ durch das Wort „Berufsschule“ ersetzt.
55. In § 67 werden nach dem Wort „vorsieht“ die Wörter „und nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist“ eingefügt.
56. § 68 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 68 Sechsjährige Grundschule  
 Schüler und Schülerinnen, die sich am 1. August 2009 in den Jahrgangsstufen 5 und 6 der sechsjährigen Grundschule befinden, durchlaufen sie bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6.“
57. § 69 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 69 Gymnasien  
 Schüler und Schülerinnen, die zum Schuljahr 2003/2004 den gymnasialen Bildungsgang besuchten oder aus der Orientierungsstufe in den gymnasialen Bildungsgang übergangen, der am Ende der Jahrgangsstufe 13 mit dem Abitur abschließt, durchlaufen ihn noch bis einschließlich dieser Jahrgangsstufe. Müssen sie eine Jahrgangsstufe wiederholen, müssen sie in den Bildungsgang, der am Ende der Jahrgangsstufe 12 mit dem Abitur abschließt, wechseln, sofern keine Jahrgangsstufe mit dem längeren Bildungsgang nachfolgt, oder können freiwillig in den neunjährigen zum Abitur führenden Bildungsgang einer Oberschule wechseln. Auf Schülerinnen und Schüler, die am 31. Juli 2009 das Gymnasium besuchen, sind § 37 Abs. 4 und § 42 in der am 31. Juli 2009 geltenden Fassung bis zum Verlassen dieses Bildungsganges anzuwenden.“
58. § 70 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 70 Sekundarschule, Gesamtschule, Gymnasium und Gymnasiale Oberstufe am Schulzentrum  
 Allgemeinbildende Schulen, die sich nicht bereits am 1. August 2009 entsprechend der neuen Schulstruktur nach §§ 16 bis 21 neu organisieren, passen ihre Schulstruktur aufwachsend ab Jahrgang 5 des Schuljahres 2011/2012 den Bestimmungen dieses Gesetzes an. Für die anderen Jahrgangsstufen gelten die bisherigen Bestimmungen fort. Mit Genehmigung in der Stadtgemeinde Bremen durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und in der Stadtgemeinde Bremerhaven durch den Magistrat, können sich Schulen auch bereits ab dem Schuljahr 2010/2011 beginnend aufwachsend neu organisieren. Auf Schülerinnen und Schüler, die am 31. Juli 2009 die Sekundarschule besuchen, ist § 42 in der am 31. Juli 2009 geltenden Fassung bis zum Verlassen dieses Bildungsganges anzuwenden.“
59. Nach § 70 wird folgender neuer § 70 a eingefügt:  
 „§ 70 a Förderzentrum  
 (1) Abweichend von § 22 bestehen in den Stadtgemeinden Förderzentren übergangsweise bis zur bedarfsdeckenden Einführung von in den allgemeinen Schulen eingegliederten Zentren für unterstützende Pädagogik fort. Bestehen bleiben als Wahlangebot für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Hören die Schule für Hörgeschädigte An der Marcusallee, für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sehen die Schule für Sehgeschädigte An der Gete und für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf körperliche und motorische Entwicklung in Fällen einer schweren umfänglichen multiplen Beeinträchtigung die Schule für körperliche und motorische Entwicklung An der Louis-Seegelken-Straße.  
 (2) Bis zur bedarfsdeckenden Einführung von in den allgemeinen Schulen eingegliederten Zentren für unterstützende Pädagogik haben die Erziehungsberechtigten im Rahmen der Kapazitäten das Recht, darüber zu entscheiden, ob die sonderpädagogische Förderung nach Besuch der Grundschule in Förderzentren, den in Absatz 1 Satz 2 genannten Schulen oder in den allgemeinen Schulen stattfindet.“

(3) Die Entscheidung über den Förderort des Kindes oder des oder der Jugendlichen trifft nach Beteiligung der Erziehungsberechtigten in der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, in der Stadtgemeinde Bremerhaven der Magistrat."

60. § 71 wird wie folgt gefasst:

„§ 71 Zweijähriger Bildungsgang Berufseingangsstufe/Berufsfachschule

Schülerinnen und Schüler, die sich am 1. August 2009 in der Berufseingangsstufe der Berufsfachschule befinden, beenden ihren Bildungsweg nach den bisherigen Bestimmungen. Eine Wiederholungsmöglichkeit besteht nicht."

61. § 72 wird wie folgt gefasst:

„§ 72 Werkschulen

Werkschulen nach § 25 a beginnen ihren Regelbetrieb frühestens mit Beginn des Schuljahres 2012/2013."

62. Die Überschrift in § 73 wird wie folgt gefasst:

„§ 73 Inkrafttreten".

## Artikel 2

### Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Das Bremische Schulverwaltungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2005 (Brem.GBl. S. 260, 388, 399 – 223-a-5), das zuletzt durch das Gesetz vom 10. Juni 2008 (Brem.GBl. S.151) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6 Schulangebot, Kapazitäten und stadtweite Anwählbarkeit".

b) Nach der Angabe zu § 6 werden folgende neue Angaben eingefügt:

„§ 6 a Aufnahmeverfahren an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen

§ 6 b Aufnahmeverfahren an berufsbildenden Schulen."

c) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:

„§ 20 Zugeordnete Schulen, Schulverbund".

d) Die Angabe zu § 72 wird wie folgt gefasst:

„§ 72 Verfahren nach Ablauf der Probezeit".

e) Die Angabe zu § 92 wird gestrichen.

f) Die Angaben zu §§ 93 bis 94 werden die Angaben zu §§ 92 bis 93.

g) Die neue Angabe zu § 94 wird wie folgt gefasst:

„§ 94 Inkrafttreten".

h) Die Angabe zu § 95 werden gestrichen.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird nach Satz 2 folgender neuer Satz 3 angefügt:

„Die Stadtgemeinden sollen darauf hinwirken, dass die Schulentwicklungsplanung mit der Jugendhilfeplanung sowie mit anderen örtlichen Planungen abgestimmt wird."

b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Schulgebäude" die Wörter „und des dazugehörigen Schulgeländes" eingefügt.

3. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6 Schulangebot, Kapazitäten und stadtweite Anwählbarkeit

(1) Die Einrichtung, Verlegung und Auflösung von Schulen, die Verlegung von Jahrgangsstufen und Klassen sowie die Einrichtung, Verlegung und Beendigung von Bildungsgängen liegen unter Berücksichtigung pädagogischer und finanzi-



eller Notwendigkeiten im Ermessen der Stadtgemeinden. Die Stadtgemeinden haben bis zur Jahrgangsstufe 10 ein Schulangebot vorzuhalten, das jedem Schüler und jeder Schülerin ermöglicht, bei einem zumutbaren Schulweg den Bildungsgang zu besuchen, der den Erwerb der angestrebten abschließenden Berechtigung eröffnet. Die Einrichtung von Bildungsgängen ist nur zulässig, wenn sie grundsätzlich vom Land vorgesehen sind. Eine Entscheidung nach Satz 1 wird öffentlich bekannt gegeben.

(2) Die Kapazität der einzelnen Schulen, Schularten oder Bildungsgänge wird von den Stadtgemeinden festgesetzt. Maßgebend sind im Rahmen der insgesamt zur Verfügung stehenden Ressourcen der jeweilige pädagogische Anspruch der Schulen, Schularten oder der Bildungsgänge und die räumlichen Möglichkeiten der jeweiligen Schule. Die Kriterien der Kapazitätsfestsetzung und die generellen, auch pädagogisch bedingten maximalen Schul-, Klassen- oder Lerngruppengrößen regelt eine Rechtsverordnung. Die untere vertretbare Grenze der Auslastung der Klassen, Gruppen oder Jahrgangsstufen an den Schulstandorten wird durch die Stadtgemeinden festgesetzt.

(3) Die Grundschülerinnen und -schüler werden nach Anmeldung in der regional zuständigen Grundschule durch die Konferenz der Grundschulen der Region einer wohnortnahen Grundschule zugewiesen. Anträge auf Zuweisung in eine Grundschule außerhalb der Wohnregion können berücksichtigt werden, sofern dort noch Kapazitäten frei sind; sie sind im Rahmen der Kapazitäten zu berücksichtigen, sofern es sich um eine Ganztagsgrundschule, eine in der Stadtgemeinde Bremen vom Senator für Bildung und Wissenschaft oder in der Stadtgemeinde Bremerhaven vom Magistrat genehmigte Grundschule mit besonderem Sprach- oder Sportangebot oder eine an eine Oberschule angegliederte Grundschule handelt. Übersteigt die Zahl der Anträge nach Satz 2 die Zahl der freien Plätze an der jeweiligen Grundschule, werden zunächst die Kinder aufgenommen, für die die Versagung eine besondere Härte bedeuten würde (Härtefälle), insbesondere bei denen ein Geschwisterkind bereits dieselbe Grundschule besucht und eine Versagung der Aufnahme zu familiären Problemen führen würde, die die Interessen anderer Bewerber und Bewerberinnen zurücktreten lassen. Im Übrigen entscheidet das Los. Das Nähere zum Aufnahmeverfahren und die Kriterien für die Härtefälle regelt eine Rechtsverordnung.

(4) Nach dem Besuch der Grundschule wählen die Erziehungsberechtigten innerhalb der Stadtgemeinden die Schule, die ihr Kind besuchen soll. Schülerinnen und Schüler, die eine an eine Oberschule angegliederte Primarstufe besuchen, setzen den Bildungsweg an dieser Oberschule fort; die Erziehungsberechtigten können jedoch entscheiden, ob ihr Kind auf eine andere Schule wechseln soll. Das Gleiche gilt für Schülerinnen und Schüler der Primarstufe, deren Schule mit einer Schule der Sekundarstufe I einen Schulverbund bilden. Übersteigt die Zahl der Anmeldungen für eine Schule deren Aufnahmefähigkeit oder ist sie niedriger als der für die Bildung einer Klasse, Gruppe oder Jahrgangsstufe festgelegte Mindestwert, kann die Aufnahme abgelehnt werden.

(5) Stehen in einer anderen Schule derselben Schulart Plätze zur Verfügung, werden abgewiesene Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Zweit- und Drittwunsches im erforderlichen Umfang dort aufgenommen; steht keine Schule derselben Schulart zur Verfügung, kann der Schüler oder die Schülerin einer anderen Schulart, die dieselbe abschließende Berechtigung vermittelt, zugewiesen werden."

4. Nach § 6 werden folgende neue §§ 6 a und 6 b eingefügt:

„§ 6 a Aufnahmeverfahren an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen

(1) Übersteigt die Zahl der Anmeldungen an einer allgemeinbildenden Schule der Sekundarstufen deren Aufnahmefähigkeit, erfolgt die Aufnahme in die angewählte Schule nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6.

(2) Vorab werden bis zu 10 vom Hundert der zur Verfügung stehenden Plätze an Schülerinnen und Schüler vergeben, für die die Versagung eine besondere Härte bedeuten würde (Härtefälle), insbesondere bei denen ein Geschwisterkind bereits dieselbe allgemeinbildende Schule besucht und eine Versagung der Aufnahme zu familiären Problemen führen würde, die die Interessen anderer Bewerber und Bewerberinnen zurücktreten lassen. Schülerinnen und Schüler, die in einer in der Stadtgemeinde Bremen von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft oder in

der Stadtgemeinde Bremerhaven vom Magistrat genehmigten Grundschule mit besonderem Sprachangebot eine Fremdsprache erlernt haben, die nur in bestimmten Schulen fortgeführt werden kann, werden ebenfalls vorab aufgenommen.

(3) Die verbleibenden Plätze werden an Schülerinnen und Schüler vergeben, deren durch das letzte Zeugnis oder den letzten Lernentwicklungsbericht ausgewiesene Leistung über dem Regelstandard liegt.

(4) An Oberschulen darf die bevorzugte Aufnahme nach Leistung nicht für mehr als ein Drittel der an der jeweiligen Schule zur Verfügung stehenden Plätze erfolgen. Die verbleibenden Plätze werden an Schülerinnen und Schüler vergeben, deren Grundschulen der aufnehmenden Schule durch Entscheidung der Stadtgemeinde regional zugeordnet sind. Sind dann noch Plätze vorhanden, werden auch andere Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen.

(5) An Gymnasien werden die nach der Vergabe nach Absatz 3 verbleibenden Plätze an andere Bewerberinnen und Bewerber vergeben.

(6) Übersteigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler innerhalb einer der in den Absätzen 2 bis 5 genannten Gruppen die für sie jeweils zur Verfügung stehenden Plätze, entscheidet in der Gruppe nach Absatz 2 Satz 1 der Grad der Härte, in den anderen Gruppen das Los.

(7) Ab Jahrgangstufe 5 kann die Schule gewechselt werden, wenn an der aufnehmenden Schule im Rahmen der festgesetzten Kapazitäten noch Platz ist. Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der freien Plätze, erfolgt die Aufnahme nach den in den Absätzen 2 bis 6 festgelegten Grundsätzen. Schülerinnen und Schüler, die Schulen der Sekundarstufe I besuchen, die mit einer Schule der Sekundarstufe II einen Schulverbund bilden, können ihren Bildungsweg in der gymnasialen Oberstufe der verbundenen Schule fortsetzen.

(8) Das Nähere zum Aufnahmeverfahren, die Kriterien für die Härtefälle sowie das Verfahren eines freiwilligen Schulwechsels in höheren Jahrgangsstufen regelt eine Rechtsverordnung. Die Verordnung kann vorsehen, dass die Aufnahme in eine Schule davon abhängig gemacht werden darf, dass ein entsprechender Praktikumsplatz vorhanden ist, wenn an dieser Schule ein Bildungsgang in Kooperation mit einem Dritten durchgeführt wird oder die besondere sportliche Eignung durch einen der im Landessportbund Bremen organisierten Fachverbände nachgewiesen wird, wenn an dieser Schule durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sportbetonte Klassen eingerichtet sind.

#### § 6 b Aufnahmeverfahren an berufsbildenden Schulen

(1) Übersteigt die Zahl der Anmeldungen in beruflichen Vollzeitbildungsgängen einer Schule deren Aufnahmefähigkeit, erfolgt die Aufnahme in die angewählte Schule nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5.

(2) Vorab werden bis zu 25 vom Hundert der zur Verfügung stehenden Plätze an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die sich bereits einmal oder mehrmals für den jeweiligen Bildungsgang beworben haben. Übersteigt die Zahl dieser Bewerberinnen und Bewerber die für sie zur Verfügung stehenden Plätze, werden die Plätze unter ihnen nach der im berechtigenden Zeugnis ausgewiesenen Leistung vergeben.

(3) Bis zu 10 vom Hundert der zur Verfügung stehenden Plätze werden an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, für die die Versagung eine besondere Härte bedeuten würde (Härtefälle). Übersteigt die Zahl der Härtefälle die für sie zur Verfügung stehenden Plätze, entscheidet der Grad der Härte.

(4) Die übrigen Plätze werden nach der im berechtigenden Zeugnis ausgewiesenen Leistung vergeben.

(5) Bei gleicher im berechtigenden Zeugnis ausgewiesener Leistung entscheidet das Los.

(6) Das Nähere zum Aufnahmeverfahren und die Kriterien für die Härtefälle regelt eine Rechtsverordnung."

#### 5. § 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 9 und 14 BremSchulG“ durch die Angabe „§§ 9 und 14 des Bremischen Schulgesetzes“ ersetzt.

- b) In Satz 3 werden nach dem Wort „gewährleisten“ ein Komma und die Wörter „eine Genderregelung beinhalten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund fördern“ eingefügt.
6. § 12 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Schulleitung“ die Wörter „sowie deren Handlungsspielräume in der Personal- und Qualitätsentwicklung“ eingefügt.
- b) In Absatz 5 wird die Angabe „vom 3. Juli 1956 (SaBremR 223-d-1) in der jeweils geltenden Fassung“ gestrichen.
7. In § 13 Abs. 1 wird vor dem letzten Wort „berichten“ das Wort „zu“ eingefügt.
8. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
- „(2) Sie können Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren einrichten, die im Rahmen ihrer Unterstützungsaufgaben auch Schülerinnen und Schüler vorübergehend beschulen, wenn ihr Lern- und Sozialverhalten eine Beschulung in der allgemeinen Schule nicht zulässt.“
- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.
9. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 bis 4 angefügt:
- „(2) Fachleiterinnen und Fachleitern obliegen Aufgaben der Lehrerbildung, insbesondere die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare, die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die Mitwirkung an der Curriculumentwicklung und an Innovationsprojekten.
- (3) Sie erteilen Unterricht an öffentlichen Schulen des Landes Bremen.
- (4) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, gelten für Fachleiterinnen und Fachleiter des Landesinstituts für Schule die dienstrechtlichen Regelungen für Lehrerinnen und Lehrer entsprechend.“
10. § 20 wird wie folgt gefasst:
- „§ 20 Zugeordnete Schulen, Schulverbund
- (1) Die Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I gewährleisten durch Kooperation durchgängige Bildungsgänge im Stadtteil. Die Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II kooperieren regions- und profilbezogen.
- (2) Schulen, die aufeinander aufbauende Bildungsgänge anbieten oder mehrere durchgehende Bildungsgänge bilden, können in der Stadtgemeinde Bremen durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, in der Stadtgemeinde Bremerhaven durch den Magistrat, einander zugeordnet werden.
- (3) Selbstständige Schulen können sich zu einem Schulverbund zusammenschließen. Der Schulverbund bedarf in der Stadtgemeinde Bremen der Genehmigung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, in der Stadtgemeinde Bremerhaven des Magistrats.
- (4) In zugeordneten Schulen und in einem Schulverbund werden die curricularen Inhalte aufeinander abgestimmt, um insbesondere einen schulübergreifenden Lehrkräfteeinsatz zu ermöglichen und den stufenübergreifenden Übergang für Schülerinnen und Schüler zu erleichtern.
- (5) Die Schulleiterinnen und Schulleiter von Verbänden und von zugeordneten Schulen bilden ein Leitungsteam, dessen Vorsitz im Zweijahresrhythmus rotierend durch eine oder einen der beteiligten Schulleiterinnen oder Schulleiter ausgeübt wird. Verbände und zugeordnete Schulen geben sich darüber hinaus Geschäftsordnungen, mit deren Hilfe die Zusammenarbeit der Schulen geregelt wird.
- (6) Die Zuweisung der Lehrkräfte zu einer dieser Schulen umfasst zugleich den wechselseitigen Einsatz in einzelnen Bildungsgängen oder Abteilungen dieser

Schulen; insoweit bilden diese Schulen eine gemeinsame Dienststelle im Sinne des Bremischen Beamtengesetzes. Der wechselseitige Einsatz soll im Einvernehmen mit der jeweiligen Lehrkraft und nur stufenübergreifend erfolgen.

(7) Über den Einsatz der Lehrkräfte in Schulverbänden und in zugeordneten Schulen entscheiden die Schulleiterinnen oder Schulleiter und die zuständigen Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter gemeinsam. Wird zwischen den Schulleiterinnen und Schulleitern kein Einvernehmen erzielt, entscheidet die Dienstaufsicht.

(8) Die Absätze 3, 5 und 6 gelten nicht für die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der Sekundarstufen und den ihnen zugeordneten Schulen der Primarstufe.

(9) Die Schulen des Schulverbundes bilden nach Maßgabe einer Rechtsverordnung gemeinsame Gremien. Die Rechtsverordnung kann bestimmen, dass den Erfordernissen entsprechend von den Vorschriften des Teils 3 abgewichen wird."

11. § 22 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „oder einer von ihre beauftragten Einrichtung“ gestrichen.
- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Dies gilt insbesondere für Schulversuche und Reformschulen nach § 13 des Bremischen Schulgesetzes.“

12. In § 30 Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „Lehrpläne“ durch das Wort „Bildungspläne“ ersetzt.

13. § 34 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Unter den Mitgliedern der Gesamtkonferenz müssen Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte und Betreuungskräfte nach Möglichkeit im Verhältnis ihres stellenmäßigen Anteils in der Gesamtkonferenz zum Zeitpunkt der Wahl vertreten sein, wobei gegebenenfalls zugunsten der Anzahl der Lehrkräfte aufgerundet wird.“

14. § 37 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtkonferenz sind alle an der Schule tätigen Lehrkräfte, sozialpädagogischen Fachkräfte und Betreuungskräfte, soweit sie mit mindestens einem Viertel der Stunden einer Vollzeitstelle an der Schule beschäftigt sind. Alle anderen Lehrkräfte, sozialpädagogischen Fachkräfte und Betreuungskräfte sind Mitglieder mit beratender Stimme; sie wählen jedoch gleichberechtigt die Vertreter und Vertreterinnen der Gesamtkonferenz in die Schulkonferenz.“

15. In § 42 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „beruflichen Schulen“ durch das Wort „Berufsschulen“ ersetzt.

16. § 43 Satz 2 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Schülerinnen und Schüler einer Schulart nach § 37 a des Bremischen Schulgesetzes zuzuweisen;“.

17. In § 45 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „allgemein bildenden“ durch das Wort „allgemeinbildenden“ ersetzt.

18. In § 46 Abs. 4 Satz 1 wird das Wort „beruflichen“ durch das Wort „berufsbildenden“ ersetzt.

19. In § 54 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 angefügt:

„Sind in der Schule junge Menschen mit Behinderungen, soll im Elternbeirat mindestens ein Mitglied aus dem Kreise der Eltern von jungen Menschen mit Behinderungen vertreten sein.“

20. § 60 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „beruflichen Schulen“ durch das Wort „Berufsschulen“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausbildungsbeirats sowie deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen werden auf Vorschlag der für sie zuständigen Kammern in der Stadtgemeinde Bremen von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und in der Stadtgemeinde Bremerhaven vom Magistrat für die Dauer von vier Jahren berufen.“

21. In § 61 Nummer 2 wird das Wort „Lehrplänen“ durch das Wort „Bildungsplänen“ ersetzt.
22. § 63 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
„Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Lehrkräfte, der sozialpädagogischen Fachkräfte, der Betreuungskräfte und des nicht unterrichtenden Personals“
23. § 64 wird wie folgt geändert:  
a) Absatz 6 wird aufgehoben.  
b) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 6.
24. § 67 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„Die Rechtsverordnung kann auch Näheres über die Kriterien und das Verfahren für die Feststellung der Bewährung und die Übertragung des Amtes der Schulleiterin oder des Schulleiters auf Lebenszeit nach § 5 Abs. 6 des Bremischen Beamtengesetzes sowie Eignungskriterien für die Ämter der Mitglieder der Schulleitung festlegen.“
25. § 69 Abs. 2 wird wie folgt geändert:  
a) In Satz 2 Nr. 3 werden im Klammerzusatz die Wörter „Schulen des Sekundarstufe II“ durch die Wörter „Schulen der Sekundarstufe II“ ersetzt.  
b) In Satz 6 wird das Wort „beruflichen“ durch das Wort „berufsbildenden“ ersetzt.
26. § 72 wird wie folgt geändert:  
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:  
„§ 72 Verfahren nach Ablauf der Probezeit“.  
b) In Satz 1 werden die Wörter „jeweiligen Amtszeit“ durch die Wörter „Probezeit nach § 5 Abs. 6 des Bremischen Beamtengesetzes“ ersetzt.  
c) In Satz 4 werden nach dem Wort „Behörde“ die Wörter „über die Übertragung des Amtes für die zweite Amtszeit oder, nach Ablauf der zweiten Amtszeit,“ gestrichen.
27. § 77 wird wie folgt geändert:  
a) Absatz 5 wird aufgehoben.  
b) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.
28. § 92 wird aufgehoben.
29. Die bisherigen §§ 93 und 94 werden §§ 92 und 93.
30. Der neue § 93 wird wie folgt gefasst:  
„§ 93 Übergangsbestimmungen  
Das Aufnahmeverfahren an allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2009/2010 richtet sich nach den bis zum 31. Juli 2009 geltenden Bestimmungen.“
31. Der bisherige § 95 wird § 94 und wie folgt gefasst:  
„§ 94 Inkrafttreten.“

### **Artikel 3**

#### **Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes**

Das Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetz vom 17. Juni 1997 (Brem.GBl. S. 218 – 2040-I-1), das zuletzt durch Gesetz vom 25. Februar 2003 (Brem.GBl. S. 45) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 1 Geltungsbereich  
 Dieses Gesetz gilt für Lehrer und Lehrerinnen im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Bremischen Schulgesetzes an öffentlichen Schulen im Sinne von § 1 Abs. 1 des Bremischen Schulgesetzes und für Fachleiterinnen und Fachleiter im Sinne von § 16 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes.“
2. § 5 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 5 Fachleiterinnen und Fachleiter  
 Fachleiterinnen und Fachleiter leisten 26 Arbeitseinheiten für die in § 16 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes beschriebenen Aufgaben.“
3. § 6 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 6 Zentren für unterstützende Pädagogik  
 Für Lehrer und Lehrerinnen an Zentren für unterstützende Pädagogik beträgt die Unterrichtsverpflichtung 27 Unterrichtsstunden je Woche.“
4. § 7 wird wie folgt gefasst:  
 „§ 7 Unterrichtsstunde und Arbeitseinheit  
 Die Dauer einer Unterrichtsstunde im Sinne dieses Abschnitts beträgt 45 Minuten. Das gilt für die Dauer einer Arbeitseinheit der Fachleiterinnen und Fachleiter entsprechend.“
5. § 16 wird wie folgt geändert:
  - a) Nach Nummer 4 wird folgende neue Nummer 5 eingefügt:  
 „5. das Nähere über den Umfang des von den Fachleiterinnen und Fachleitern zu leistenden Unterrichts und die Verteilung der Arbeitszeit sowie das Recht des Direktors oder der Direktorin des Landesinstituts für Schule im Rahmen der Rechtsverordnung über den Umfang des Unterrichtseinsatzes im Einzelfall zu entscheiden;“
  - b) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.

#### **Artikel 4**

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

### **Begründung**

#### **I Allgemeines**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat mit Beschluss vom 16. Oktober 2007 der Deputation für Bildung den Auftrag erteilt, einen Fachausschuss einzurichten und dies wie folgt begründet:

„Aufgabe des Ausschusses ist es, eine Bestandsaufnahme des bremischen Schulsystems vorzunehmen und Vorschläge zu entwickeln und zu beraten, wie die Qualität und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schulen und des Schulsystems insgesamt weiter verbessert werden können“.

Der Ausschuss hatte folgende Ziele:

Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg

- Steigerung der Bildungsbeteiligung aller Kinder,
- Verbesserung der Durchlässigkeit und der Anschlussfähigkeit des Schulangebotes,
- Reduzierung der Quoten von Wiederholern, Abbrechern und Schulverweigerern.

Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht

- Sicherstellung von Standards und Anschlussfähigkeit der Abschlüsse und Orientierung auf Kompetenzen, die Berufstätigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und selbstständige Lebensgestaltung ermöglichen.

## Weiterentwicklung des bremischen Schulsystems

- Fortentwicklung des Schulsystems mit dem Ziel, die Vielgliedrigkeit zu reduzieren und damit eine Schulstruktur im Lande Bremen zu etablieren, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht,
- individuelle Förderung und Forderung von Schülerinnen und Schülern an allen Schulformen,
- insbesondere auch an Gymnasien,
- Weiterentwicklung der Verzahnung von Elementar- und Primarbereich,
- Stärkung der frühen und individuellen Förderung von Kindern,
- Verbesserung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund,
- Sicherung der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern.

## Stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder, Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen

- Sicherung eines regional ausgewogenen Schulangebots,
- Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen,
- Verbesserung der Effizienz beim Ressourceneinsatz unter Beachtung unterschiedlicher Ausgangslagen in den Stadtteilen.

In der Umsetzung dieses Auftrags haben der Fachausschuss „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung und die Deputation für Bildung dem Senat mit Beschluss vom 30. Oktober 2008 Empfehlungen zur Schulentwicklung zur Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) vorgelegt.

Die sich aus den Empfehlungen des Fachausschusses „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung und der Deputation für Bildung ableitenden schulgesetzlichen Konsequenzen werden mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt.

Die in der Deputation vertretenen Fraktionen der SPD, der CDU, und Bündnis 90/Die Grünen tragen den von ihren Parteien zur Schulentwicklung vereinbarten Konsens. Dieser beendet den jahrzehntealten Streit über die Schulentwicklung.

U. a. ist darin vereinbart:

- Wenn Grundschulen und Oberschulen nach § 20 Abs. 2 Satz 4 zusammengelegt werden wollen, kann dies nur im Konsens der genannten Fraktionen beschlossen werden.
- Die acht bestehenden durchgängigen Gymnasien der Stadtgemeinde Bremen bleiben mit ihren Schülerkapazitäten in der Sekundarstufe I erhalten.

Der Gesetzentwurf enthält folgende wesentliche Bestandteile:

- Grundschulen haben einen durch die Stadtgemeinden festgelegten Einzugsbereich. Eltern können Grundschulen anwählen, wenn dort noch Plätze frei sind, wenn es eine Ganztagsgrundschule ist oder wenn ein besonderes Sprach- oder Sportangebot dort vorhanden ist. Die Wahlmöglichkeit der Eltern nach der Grundschule ist gesetzlich gesichert.

Eine Kooperation bis hin zu einem Verbund zwischen Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I ist inhaltlich und vom Lehrereinsatz wünschenswert. Eine darüber hinausgehende Zusammenlegung von Grund- und Oberschulen ist möglich, unterliegt jedoch dem vorn genannten politischen Konsens. Eine solche zusammengelegte Schule ist stadtweit anwählbar.

- Das allgemeinbildende Schulsystem wird nach Beendigung der Grundschule im Kern auf zwei Schularten, die Oberschule und das Gymnasium, konzentriert. Beide vermitteln ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung unter Einbeziehung der Bedingungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt, ermöglichen eine individuelle Schwerpunktbildung und bieten an der persönlichen Leistungsfähigkeit orientierte Anforderung und Förderung an. Damit unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler beim Erreichen des persönlich erreichbaren Abschlusses an der gewählten Schule. Sie befähigen die Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe der Abschlüsse, ihren Bildungsweg

in einer Berufsausbildung, in berufs- oder studienqualifizierenden Bildungsgängen oder im Studium fortzusetzen. Die Oberschule ist eine Schule der Vielfalt mit zahlreichen, an der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten Formen der Differenzierung. Sie ermöglicht den Erwerb aller Abschlüsse. Im Gymnasium ist der Bildungsgang in Inhalt und Lerntempo auf das Abitur in 8 Jahren ausgerichtet. Die Bildungsgänge werden in durchgängigen oder einander zugeordneten Schulen bzw. in Schulverbänden durchgeführt.

- Behinderte und nichtbehinderte Kinder werden zunehmend gemeinsam unterrichtet. Die sonderpädagogische Förderung findet künftig in den allgemeinen Schulen statt. Die Erziehungsberechtigten können bis zur bedarfsdeckenden Einführung von in den allgemeinen Schulen angegliederten Zentren für unterstützende Pädagogik im Rahmen der Kapazitäten wählen, ob ihr Kind in allgemeinen Schulen mit sonderpädagogischen Unterstützungsangeboten oder in übergangsweise fortbestehenden Förderzentren unterrichtet und erzogen wird.
- Es wird eine Werkschule als Bildungsgang der berufsbildenden Schulen eingeführt, die Schülerinnen und Schülern, für die anderenfalls die Gefahr besteht, ohne allgemeinen Abschluss die Schule verlassen zu müssen, einen an praktischen Fähigkeiten orientierten Weg zum Abschluss bietet. Es handelt sich um einen dreijährigen Bildungsgang, der auf freiwilliger Basis und nach ausführlicher Beratung besucht werden kann.
- Die verpflichtende Sprachstandsfeststellung im Elementarbereich wird spätestens im zweiten Halbjahr des 5. Lebensjahres aller Kinder durchgeführt, damit für die notwendige ergänzende Sprachentwicklungsförderung in der Regel ein Jahr bis zur Einschulung zur Verfügung steht. Die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an einer Sprachstandsfeststellung, die in § 36 BremSchulG festgeschrieben ist, wird erweitert auf die Teilnahme an der verpflichtenden Sprachförderung, wenn deren Notwendigkeit sich aus der Testung ergibt.
- Die sechsjährige Grundschule wird aufgegeben.
- Nach Klasse 4 können die Eltern die Schule für ihr Kind stadtweit anwählen.
- Beim Übergang in das weiterführende Schulsystem findet künftig eine verpflichtende Beratung auf der Basis einer vereinheitlichten Lernstandsbeschreibung statt. Diese orientiert sich künftig an den bundesweit festgesetzten Bildungsstandards in den Fächern Deutsch und Mathematik. Die Aufnahme in das Gymnasium und die Oberschule wird bei Überanwahl durch die Einführung eines Leistungskriteriums begrenzt, so werden im Gymnasium alle Kinder und in der Oberschule ein Drittel der Kinder im Rahmen der Kapazität der Schule aufgenommen, deren Leistung in Deutsch und Mathematik über den bundesweit festgelegten Bildungsstandards liegt. Die Aufnahme in die Oberschule berücksichtigt zudem vorrangig Schülerinnen und Schüler aus der Region.
- Versetzungsentscheidungen finden in allgemeinbildenden Schulen künftig nur noch nach Ende der Sekundarstufe I statt.

## **II Zu den Vorschriften im Einzelnen**

Zu Artikel 1 Nr. 2

Anpassung an die reformierte Rechtschreibung (Stand März 2006).

Zu Artikel 1 Nr. 3

Mit der Neufassung des § 1 Abs. 2 wird die bundesweit zunehmend verwendete Terminologie „Schulen in freier Trägerschaft“ statt „Privatschulen“ übernommen. Zudem werden die für diese Schulen geltenden Vorgaben des Schulgesetzes präzisiert.

Zu Artikel 1 Nr. 4

Neben redaktionellen Änderungen wird in Ziffer 5 dem Umstand Rechnung getragen, dass in Schulen neben Lehrkräften zunehmend sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte tätig sind.

Zu Artikel 1 Nr. 5, 6 c) und 8 c)

Die eingefügte Formulierung verdeutlicht die mit den Gesetzesänderungen in den §§ 22 und 35 verfolgten Ziele in der sonderpädagogischen Förderung. Die Schulen in Bremen und Bremerhaven werden damit die ersten Schulen der Bundesrepublik



Deutschland sein, die nach Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen den klaren Auftrag zur Inklusion erhalten.

Zu Artikel 1 Nr. 6

In § 4 wird der Auftrag für Schulen aufgenommen, einer geschlechtsspezifischen Berufsorientierung entgegenzuwirken. Zudem enthält er eine weitere Präzisierung des Auftrags zur Inklusion.

Zu Artikel 1 Nr. 7

In der Praxis hat sich gezeigt, dass auch bei erst nach Eintritt der Volljährigkeit (z. B. wegen Krankheit) begonnenen Bildungsgängen Umstände denkbar sind, die eine Einbeziehung der Eltern volljähriger Schüler oder Schülerinnen sinnvoll erscheinen lassen. Wegen der Volljährigkeit ist jedoch das Abstellen auf eine Zustimmung notwendig.

Datenübermittlungen mit Zustimmung sind zwar datenschutzrechtlich ohnehin erlaubt. Eine gesetzliche Klarstellung ist aber für die in den Schulen Handelnden hilfreich.

Zu Artikel 1 Nr. 8

- a) Redaktionelle Änderung.
- b) Redaktionelle Änderung.
- c) Wegen der Konzentration im allgemeinbildenden Bereich auf im Wesentlichen zwei Schularten (Oberschule und Gymnasium) und der Offenheit der Schulaufbahnen in der Oberschule sowie der zwei Wege zum Abitur ist die Durchlässigkeit zwischen diesen Schularten nicht mehr notwendig. In der Oberschule ist die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen ohnehin gegeben. Der schulisch veranlasste Wechsel vom Gymnasium in die Sekundarschule entfällt aufgrund der neuen Schulstruktur. Ein Wechsel der Schule ist künftig nur noch auf Elternwunsch möglich.
- d) Präzisierung des Auftrags zur Inklusion.

Zu Artikel 1 Nr. 9

Die Einfügung berücksichtigt vorhandene Unterschiede des Lernens bei beiden Geschlechtern.

Zu Artikel 1 Nr. 10

Ergänzung der Aufzählung und Neuaufnahme einer verpflichtenden Unterrichtung des Jugendamtes bei Kindeswohlgefährdung. Damit soll auch eine Rechtsgrundlage für den notwendigen Informationsaustausch im Rahmen des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“ geschaffen werden.

Zu Artikel 1 Nr. 11

Einführung der neuen Gliederungseinheit Abschnitt zur besseren Lesbarkeit des Kapitels.

Zu Artikel 1 Nr. 12

Mit dem neuen § 13 wird eine Anpassung der Bestimmungen über Schulversuche an die zwischenzeitlichen Entwicklungen und eine systematische Präzisierung vorgenommen.

Von einer Unterscheidung zwischen Unterrichtsversuchen und Versuchsschulen wird abgesehen. Unterrichtsversuche sind mit § 22 Abs. 3 des Schulverwaltungsgesetzes als individuelle Ausgestaltung des schulischen Freiraums jeder Schule innerhalb des Regelsystems im Rahmen von Ziel- und Leistungsvereinbarungen hinreichend konkretisiert. Alles, was der Erprobung neuer Konzeptionen für das Regelschulsystem dient, ist nunmehr als Schulversuch definiert.

Neu und hervorzuheben sind die Reformschulen. In der Praxis gibt es ein Bedürfnis, neben temporären Schulversuchen dauerhaft von der Regelschule abweichende reformpädagogische Ansätze zu etablieren, ohne sie zugleich regelhaft einzuführen. Dieses Bedürfnis spiegelt sich auch in zunehmenden Anträgen auf entsprechende Privatschulzulassungen. Um Anhänger reformpädagogischer Ansätze nicht ausschließlich auf Schulen in freier Trägerschaft verweisen zu müssen, sollen sie auch im öffent-

lichen Schulwesen möglich sein. Sie haben nicht den Anspruch, Übertragbarkeit auf das Regelschulsystem anzustreben. Vielmehr erfüllen sie Bedarfe nach Andersartigkeit, die in einer pluralen Gesellschaft konstruktiv aufgenommen werden sollten. Perspektivisch sind jedoch auch durch sie Impulse für das Regelschulsystem möglich. Absatz 3 bestimmt die Regularien, die für die Einrichtung und die Gestaltung dieser Schulen gelten sollen.

Zu Artikel 1 Nr. 13

Der bisherige § 14 ist überflüssig. Das Schulsystem als eine der staatlichen Kernaufgaben der Länder im föderalen System steht ohnehin stets unter Weiterentwicklungsvorbehalt. Ein Schulentwicklungsplan liegt zudem mittlerweile vor. Der Auftrag zur Weiterentwicklung sonderpädagogischer Förderung wurde in die §§ 22 und 35 integriert.

Zu Artikel 1 Nr. 14

Der bisherige § 15 ist überflüssig. Die Gliederung ergibt sich aus den Folgebestimmungen. Die Aufzählung war zudem unvollständig, da weitere Untergliederungen möglich sind.

Zu Artikel 1 Nr. 15

Mit der Veränderung der Reihenfolge der §§ 16 und 17 soll verdeutlicht werden, dass die prägende Gliederungsform des neuen Schulsystems die Schularten und nicht die Schulstufen sind. Letztere dienen weiter den Anforderungen an eine Vergleichbarkeit der Schulsysteme im föderalen System und der dienstrechtlichen Klarheit.

In § 16 (neu) wird im allgemeinbildenden Bereich die bisherige Vielgliedrigkeit des bremischen Schulsystems (mit Sekundar- und Gesamtschule, Schulzentren und Gymnasium) zugunsten einer vereinfachten Struktur mit der Oberschule und dem Gymnasium (die in § 20 definiert werden) aufgegeben. Außerdem entfällt als deutliches Signal für die Inklusion das Förderzentrum bzw. das Zentrum für unterstützende Pädagogik als eigenständige Schulart, auch wenn es sie mittelfristig noch weiterhin geben wird (vergleiche Übergangsbestimmungen). In Absatz 2 wird die Werkschule, die in § 25 a definiert ist, eingeführt. Da sie als stufenübergreifender Bildungsgang den Übergang von dem allgemeinbildenden in das berufsbildende Schulsystem für lernschwächere Schülerinnen und Schüler verbessern soll, muss sie zugeordnet werden. Da die Bezeichnungen der berufsbildenden Schulen durch Beschluss der Kultusministerkonferenz vorgegeben sind, kann sie systematisch nicht als Schulart eingeordnet werden.

Zu Artikel 1 Nr. 16 und 18

Die sechsjährige Grundschule wird aufgegeben. Sie ist seit ihrer Einführung von den Eltern und Schülerinnen und Schülern nicht angenommen worden und würde sich zukünftig nicht in die funktionale Übersichtlichkeit einfügen.

Zu Artikel 1 Nr. 19

In § 20 wird die neue Schulstruktur definiert: Das neue bremische Schulsystem orientiert sich nach der Grundschule mit im Kern zwei Arten allgemeinbildender Schulen an bundesweit diskutierten Lösungsansätzen zu einer dauerhaften auf breite gesellschaftliche Akzeptanz angelegten Schulstruktur. Die Bürgerschaft (Landtag) hat mit Beschluss vom 16. Oktober 2007 die Deputation für Bildung mit der Einrichtung des Fachausschusses „Schulentwicklung“ beauftragt. Er hatte nach diesem Beschluss u. a. das Ziel zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg, die Bildungsbeileiligung aller Kinder zu steigern sowie die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des Schulangebots zu verbessern. Das Schulsystem soll mit dem Ziel der Reduzierung der Vielgliedrigkeit und Etablierung einer Schulstruktur, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, weiterentwickelt werden. Der Fachausschuss „Schulentwicklung“ und die Deputation für Bildung empfehlen mit Beschluss vom 30. Oktober 2008 entsprechend dieser Zielgebung die Einrichtung von Oberschule und Gymnasium. Das vorliegende Gesetz folgt diesen Empfehlungen.

Beide vermitteln ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung unter Einbeziehung der Bedingungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt, ermöglichen eine individuelle Schwerpunktbildung und bieten an der persönlichen Leistungsfähigkeit orientierte Anforderung und Förderung an. Damit unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler beim Erreichen des persönlich erreichbaren Abschlusses an der gewählten Schule. Sie befähigen die Schülerinnen und

Schüler nach Maßgabe der Abschlüsse, ihren Bildungsweg in einer Berufsausbildung, in berufs- oder studienqualifizierenden Bildungsgängen oder im Studium fortzusetzen. In beiden Schularten können bilinguale Profile angeboten werden.

Die Oberschule ist zukünftig neben dem Gymnasium eine an die Grundschule anschließende Schulart. Die Oberschule ist eine Schule der Vielfalt mit zahlreichen, an der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten Formen der Differenzierung. Beginnend im Schuljahr 2009/2010 mit den Schulen im Projekt „Schulen im Reformprozess“, gestalten künftig alle Schulen der Sekundarstufe I, außer den Gymnasien, ihre Bildungsangebote jahrgangsweise um. Auch die Gesamtschulen und die Integrierten Stadtteilschulen entwickeln ihre pädagogische Arbeit entsprechend weiter. Die Oberschule umfasst selbstständig oder im Verbund mit den Schulzentren Sekundarstufe II die Jahrgangsstufen 5 bis 13. Sie kann auch zusätzlich die Jahrgangsstufen 1 bis 4 mit umfassen. Je nach den besuchten Kursen bzw. nach den individuell zugeordneten Anforderungsniveaus in den Kernfächern und nach der Stundenzahl führt sie im gymnasialen Bildungsgang in acht oder neun Jahren zum Abitur. Man kann in der Oberschule auch die Erweiterte Berufsbildungsreife und den Mittleren Schulabschluss nach zehn Schuljahren erreichen. Die Einfache Berufsbildungsreife wird mit der Versetzung in die 10. Jahrgangsstufe erworben.

Der gymnasiale Bildungsgang in der Oberschule entspricht curricular und von den Anforderungen her dem des durchgängigen Gymnasiums durch das entsprechende standardbasierte Differenzierungs- und Anforderungsniveau, die Ausbildung und Qualifikationen der Lehrkräfte und die zweite Fremdsprache von der 6. Jahrgangsstufe an.

Der gymnasiale Bildungsgang in der Oberschule stellt längere und weniger verdichtete Lernzeit zur Verfügung und führt daher in der Regel nach neun Jahren zum Abitur. Durch den Besuch entsprechender zusätzlicher Kurse mit einer erhöhten Wochenstundenzahl kann das Abitur auch in Oberschulen, die dies beantragen, nach acht Jahren erworben werden. Die Oberschule entwickelt ein entsprechendes Konzept unter der Voraussetzung, dass in einem Teil der Stunden alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Das Nähere regelt eine Verordnung.

Neben der Oberschule gibt es künftig das achtjährige durchgängige Gymnasium. Die Verantwortung für die Wahl der Schule nach Klasse 4 der Grundschule liegt nach einer verpflichtenden Beratung der Grundschule bei den Eltern. Aufnahmeverfahren und Aufnahmebedingungen werden in einer Verordnung geregelt.

Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 12. Der Bildungsgang des Gymnasiums ist in Inhalt und Lerntempo auf das Abitur in acht Jahren ausgerichtet. Im Gymnasium können alle Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen erreicht werden. Im Gymnasium sind zwei Fremdsprachen in der Sekundarstufe I verpflichtend.

Beide Systeme können durchgängig, mit zugeordneten Schulen oder in Schulverbänden organisiert sein (vergleiche § 20 BremSchulVwG).

Die Definition der Gymnasialen Oberstufe ist nun in § 20 integriert, statt in § 21 eigens aufgenommen zu sein.

Zu Artikel 1 Nr. 20

Die bisher in § 20 integrierte Darstellung des Erwerbs der Abschlüsse erfolgt nun in einer gesonderten Bestimmung. Im Grundsatz werden alle Abschlüsse durch Prüfung erworben.

Etwas anderes soll nach wie vor für die Einfache Berufsbildungsreife gelten. Da die Versetzung in die 10. Jahrgangsstufe wegfällt, kann der Erwerb der Einfachen Berufsbildungsreife nicht mehr an diese Voraussetzung geknüpft werden. Statt dessen werden nunmehr bestimmte Mindestleistungen in der 9. Jahrgangsstufe zugrunde gelegt.

Anders als bisher kann der Mittlere Schulabschluss nicht mehr durch Versetzung, sondern ausschließlich durch Prüfung erworben werden. Damit wird eine Privilegierung von Schülerinnen und Schülern durchgängiger Gymnasien gegenüber Schülerinnen und Schülern aller anderen Schularten beendet. Es erscheint jedoch unbillig, Schülerinnen und Schülern der Gymnasialen Oberstufe, die durch zweimalige Versetzung bereits bis in die Qualifikationsphase vorgerückt sind und die zuvor keine Prüfung zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses abgelegt haben, nur mit der Einfachen Berufsbildungsreife zu entlassen, wenn sie die Schule nach dem ersten Jahr der Qualifikationsphase oder später freiwillig verlassen, nicht zum Abitur zugelassen wur-

den oder es endgültig nicht bestanden haben. In der vorgerückten Phase nach dem ersten Jahr der Qualifikationsphase sollte der betreffende Schüler oder die betreffende Schülerin nicht mehr auf die inhaltlich weit zurückliegende Prüfung zum Mittleren Schulabschluss verwiesen werden. Deshalb wird dieser zuerkannt, wenn im ersten Jahr der Qualifikationsphase bestimmte Mindestleistungen erbracht wurden.

Dasselbe gilt für die Zuerkennung des schulischen Teils der Fachhochschulreife. Dies entspricht einer von Bremen unterzeichneten KMK-Vereinbarung zwischen 13 Bundesländern und sollte im Interesse der gegenseitigen Anerkennung beibehalten bleiben.

Zu Artikel 1 Nr. 22, 36 und 59

Die bisherige sonderpädagogische Förderung wird grundsätzlich reformiert. Die §§ 22 und 35 sind dabei als inhaltliche Einheit zu betrachten. Basierend auf den Vorgaben des von Deutschland ratifizierten Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und den Empfehlungen des „Gutachtens zum Stand und zu den Perspektiven der sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Stadtgemeinde Bremen“ von Prof. Klaus Klemm und Prof. Ulf Preuss-Lausitz kennzeichnen folgende Gesichtspunkte die Kernpunkte der Reform: Die bisherige Zentralisierung der sonderpädagogischen Förderung in Förderzentren wird zugunsten einer zunehmenden dezentralen sonderpädagogischen Förderung durch Unterstützungszentren an allgemeinen Schulen schrittweise weiterentwickelt. Orientiert an der angloamerikanischen Begrifflichkeit der „special needs“ soll die Richtungsumkehr in der Pädagogik auch begrifflich als unterstützende pädagogische Förderung sichtbar werden. Andererseits kann auf den Begriff der „sonderpädagogischen Förderung“ nicht verzichtet werden, da sich aus ihm Ansprüche konstituieren, deren Ausprägungen von der KMK einheitlich sprachlich kategorisiert worden sind.

Da die integrative Beschulung auch von äußeren Faktoren (bauliche und organisatorische Veränderungen) abhängig ist, wird es einen schrittweisen Umsteuerungsprozess geben müssen. Für spezielle Behinderungen wird es mindestens für einen Übergangszeitraum zentraler Einrichtungen bedürfen. Die integrierten Unterstützungszentren, unter denen ein schulinterner Personalpool mit sonderpädagogischen und anderen pädagogischen Kompetenzen zu verstehen ist, können sich auf bestimmte Formen von Behinderungen spezialisieren, sodass die jeweiligen allgemeinen Schulen so zu Schwerpunktschulen werden.

Einhergehend mit einer grundsätzlich dezentralen und integrativen Förderung wird für die Übergangszeit ein Elternwahlrecht über die Form der Förderung konstituiert, das aber auf vorhandene Einrichtungen beschränkt ist. Angesichts möglicher Kapazitätsengpässe ist die Befugnis der Stadtgemeinden, über den konkreten Förderstandort zu entscheiden, eingeführt, wie dies auch für allgemeine Schulen gilt.

Zu Artikel 1 Nr. 23

Die fortschreitende Einführung gebundener Ganztagschulen macht – auch wegen abweichender Verwaltungsgerichtsrechtsprechung – eine Überarbeitung der Rechtsgrundlage erforderlich, die nun die Pflicht zur Teilnahme am Unterricht und an außerunterrichtlichen Angeboten ausdrücklich aufnimmt.

Zu Artikel 1 Nr. 24

Anpassung der Bildungsgänge der Erwachsenenschulen an die neue Schulstruktur.

Zu Artikel 1 Nr. 26

Absatz 1: Die BGJ-Anrechnungsverordnung wurde vom Bundesgesetzgeber aufgehoben, und daraufhin wurden die Berufsfelder von der KMK durch Berufsbereiche ersetzt.

Die Bildungsstandards der KMK und die Bildungspläne in Bremen orientieren sich an einem Kompetenzmodell. Dies folgt der Steuerungsphilosophie, dass zunehmend eigenverantwortlich agierende Schulen die für die Abschlüsse benötigten Kenntnisse und Kompetenzen an unterschiedlichen Inhalten vermitteln können, die sie in einem schulinternen Curriculum festlegen. Das gilt für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen gleichermaßen.

Streichung der Absätze 2 und 3 ab Satz 2, weil es kein kooperatives und auch kein verpflichtendes BGJ mehr gibt. Neuer Absatz 3: Anpassung an die Begriffe der Angebote der Werkstatt Bremen.

Zu Artikel 1 Nr. 27

Mit § 25 a wird eine Werkschule neu eingeführt, in der Schülerinnen und Schüler, die anderenfalls voraussichtlich ohne Abschluss die Schule verlassen müssten, praktische Fähigkeiten nutzen können, um in einem diese Fähigkeiten positiv verstärkenden Umfeld dennoch einen Abschluss zu erwerben. Die Werkschule ist ein Angebot für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund der anderen Lernkultur mit mehr Zeit und mehr Betreuung eine bessere Möglichkeit erhalten, die Einfache oder die Erweiterte Berufsbildungsreife zu erwerben.

Das Schulgesetz greift damit die auch bundesweit beachteten positiven Erfahrungen der Werkstattschule Bremerhaven (die u. a. 2008 die Nominierung für den Deutschen Schulpreis und den „Deichmann-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit“ erhielt) auf. Schülerinnen und Schüler können der Werkschule nicht zwangsweise zugewiesen werden, sondern sich nur bei ihr bewerben. Über die Aufnahme entscheidet eine dort gebildete Aufnahmekommission.

Zu Artikel 1 Nr. 28

Der Verzicht auf eine Prüfung bei einjährigen Bildungsgängen widerspricht dem durchgängigen Prüfungserfordernis. Die Sonderregelung im bisherigen Absatz 2 (zweijährige statt einjähriger Grundstufe) zur Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluss (BFS/q) war notwendig wegen des vorgeschalteten zweijährigen Bildungsganges Berufseingangsstufe/Berufsfachschule (B/BFS). Dieser wurde letztmalig zum 1. August 2008 eingerichtet.

Zu Artikel 1 Nr. 29

Zur Schulgesetzänderung vom 28. Juni 2005 wurden fälschlicherweise einzelne Textpassagen der Norm geändert, die nicht geändert werden sollen. Dies wird mit dieser Änderung wieder richtiggestellt.

Zu Artikel 1 Nr. 36

Vergleiche Nr. 22.

Zu Artikel 1 Nr. 37

Entsprechend den Empfehlungen des Fachausschusses „Schulentwicklung“ wird die verpflichtende Sprachstandsfeststellung im Elementarbereich spätestens im zweiten Halbjahr des 5. Lebensjahres aller Kinder durchgeführt, damit für die notwendige verpflichtende Sprachentwicklungsförderung in der Regel ein Jahr bis zur Einschulung zur Verfügung steht.

Die Steuerung der Sprachstandsfeststellung liegt in der Stadtgemeinde Bremen in der Hand der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Die zusätzliche Sprachförderung für die Kinder, die keine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen, wird von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft durchgeführt. Für Kinder, die eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen, wird die zusätzliche Sprachförderung von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales durchgeführt. Die nach Absatz 2 zu erlassende Rechtsverordnung wird mit den örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe abgestimmt.

Die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an einer Sprachstandsfeststellung wird erweitert auf die Teilnahme an der ergänzenden Sprachförderung, wenn deren Notwendigkeit sich aus der Testung ergibt.

Die zusätzliche Sprachförderung wird von Erzieherinnen und Erziehern und von Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt; sie werden dafür gemeinsam qualifiziert.

Nach der Einschulung wird die Sprachförderung eines Kindes, sofern erforderlich, additiv oder integrativ fortgeführt.

Im Elementar- und Primarbereich werden für die einzelnen Kitas und Grundschulen Sprachberaterinnen und Sprachberater qualifiziert, die die Sprachförderung koordinieren und ihre Kontinuität sichern.

Zu Artikel 1 Nr. 38

In § 37 Abs. 1 wird mit dem Ersetzen des Wortes „Schulart“ durch „Bildungsgang“ gewährleistet, dass Neubremerinnen und Neubremer nicht weitergehendere Ansprüche auf Zugang zu limitierten Schulen haben als Bremerinnen und Bremer. Der

gestrichene Satz 3 wird aus systematischen Gründen in § 36 aufgenommen. Mit der Schaffung des neuen Schulsystems wird Absatz 4 überflüssig und als Folgeänderung auch Absatz 6.

Zu Artikel 1 Nr. 39

Die Grundschulempfehlung wird aufgehoben und durch eine verpflichtende Beratung ersetzt, die die Fähigkeiten und Neigungen des Schülers oder der Schülerin ins Verhältnis setzt zu den Ansprüchen der Schularten und Bildungsgänge und zu den inhaltlichen Profilen der infrage kommenden Schulen. Der Beratung liegt u. a. eine Lernstandsbeschreibung zugrunde, der die bisherige individuelle Standarderreichung klar zu entnehmen ist. Lediglich im Falle fehlender Annahme der Beratung durch die Erziehungsberechtigten weist die Grundschule die Schülerin oder den Schüler verbindlich einer Schulart zu.

Zu Artikel 1 Nr. 40

Die Möglichkeit, Zeugnisse oder Lernentwicklungsberichte durch teilweise mündliche oder schriftliche Information der Erziehungsberechtigten zu ersetzen, wird abgeschafft.

Zu Artikel 1 Nr. 41

Die bisherige Möglichkeit, in leichteren Täuschungsfällen die betroffene Teilleistung wiederholen zu lassen, wird zugunsten einer Bewertung als „nicht bestanden“ (wie in anderen Bundesländern) aufgegeben. Es erscheint unbillig, für eine Täuschungshandlung eine Wiederholungsmöglichkeit anzubieten und unter dem Gesichtspunkt zusätzlichen Aufwandes auch nicht gerechtfertigt.

Zu Artikel 1 Nr. 42

In der neueren Erziehungswissenschaft ist vielfach belegt, dass die Nichtversetzung kein geeignetes Mittel zur Leistungssteigerung darstellt. Neben der demotivierenden beschämenden Erfahrung werden die betroffenen Schülerinnen und Schüler aus den gewohnten sozialen Zusammenhängen ihres Jahrgangs gerissen und müssen in allen Fächern der jeweiligen Jahrgangsstufe den Stoff wiederholen, obwohl sie meist nur in einigen Fächern hinter den Standards ihres Jahrgangs zurückgeblieben sind. Dies führt in den betroffenen Fächern zu Unterforderung und erneuter Demotivation. Zugleich werden sie dem anregenden Milieu leistungstärkerer Mitschülerinnen und Mitschüler entzogen. Hinzu kommt, dass gerade der Verlust der sozialen Bezugsgruppe durch das Verlassen des Klassenverbandes diese Schülerinnen und Schüler zusätzlich destabilisiert; dies beeinträchtigt die fachliche Leistungsfähigkeit. Durch Nichtversetzung und damit längeren Verbleib zahlreicher Schülerinnen und Schüler entsteht zudem ein höherer fiskalischer Aufwand. Die eingesparten Mittel sind in gezielten Fördermaßnahmen sinnvoller eingesetzt.

Wegen der zunehmenden Berufsnähe und der gezielten Heranführung an Abschlussprüfungen sowie der Möglichkeit, die Schule gegebenenfalls durch Erwerb eines niedrigeren Schulabschlusses zu verlassen, ist es bei den höheren Jahrgängen der zum Abitur führenden Bildungsgänge sowie der meisten berufsbildenden Bildungsgänge jedoch angezeigt und wegen KMK-Verpflichtungen erforderlich, gegebenenfalls Nichtversetzungen auszusprechen.

Zu Artikel 1 Nr. 43, 44 und 45

Anpassung an die neue Schulstruktur und Folgeänderungen. § 44 Abs. 2 Satz 3 neueste Fassung stellt das Probejahr in den berufsbildenden Schulen auf eine formalgesetzliche Grundlage.

Zu Artikel 1 Nr. 47

Die bisherige Vorschrift erweist sich als zu restriktiv. Bei akuten Bedrohungslagen, die von Schülerinnen oder Schülern ausgehen, kann nicht auf fortgesetzte Straftaten und erfolglose schwächere Ordnungsmaßnahmen verwiesen werden. Auch die erstmalige schwere Begehung von Straftaten und Bedrohungen (wie Amokdrohungen) muss die Möglichkeit eröffnen, ältere Schülerinnen und Schüler dauerhaft von Schulen fernzuhalten. Insofern orientiert sich die Neuformulierung an der vergleichbaren Norm im Niedersächsischen Schulgesetz.

#### Zu Artikel 1 Nr. 48

Der Bildungsgang Berufseingangsstufe/Berufsfachschule wurde letztmalig zum 1. August 2008 begonnen und läuft zum 31. Juli 2010 (vergleiche Übergangsregelung in Nr. 60 zu § 71) aus. Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der bislang hier angesprochenen Zielgruppe in der integrativen Lernorganisation der Oberschule zum Abschluss geführt werden kann, ein weiterer Teil findet ein adäquates weiterentwickeltes Angebot in der Werkschule.

Für eine bestimmte Schülerschaft reichen die bisherigen Ordnungsmaßnahmen nicht aus. In der Praxis hat sich insbesondere die Überweisung an andere Schulen als für Schüler/-innen und Schulen unbefriedigende Wanderschaft herausgestellt. Es ist erforderlich sie mindestens teilweise aus der gewohnten Schule herauszunehmen.

#### Zu Artikel 1 Nr. 55

Es ist durch die Bürgerschaftsinitiative inzwischen auch der Senat in § 4 Abs. 8 als Verordnungsgeber vorgesehen.

#### Zu Artikel 1 Nr. 56

Mit Abschaffung der sechsjährigen Grundschule bedarf es einer Übergangsregelung für die noch im System befindlichen Schülerinnen und Schüler. Die jüngeren Jahrgänge (1 bis 4) wechseln im 5. Jahrgang auf die weiterführenden Schulen; können den sechsjährigen Bildungsgang also nicht zu Ende führen, wohl aber auf eng kooperierende Schulen übergehen. Die Jahrgänge 5 und 6 durchlaufen den Bildungsgang bis zum Ende. Am Ende wählen die Erziehungsberechtigten die Schule, die ihr Kind besuchen soll, nach den Bestimmungen des § 6 BremSchulVwG (erfolgte bisher durch die notenbasierte Entscheidung der Grundschule).

#### Zu Artikel 1 Nr. 57

Für einen kleinen Kreis von Schülerinnen und Schülern muss die Übergangsbestimmung des bisherigen Gesetzes fortgelten, weil sie ihre Schulausbildung noch nicht abgeschlossen haben. Da Gymnasien zudem noch nicht über eine homogenere Schülerschaft verfügen, wie mittelfristig nach Inkrafttreten des Gesetzes, ist es auch gerechtfertigt, erst aufwachsend die Nichtversetzung abzuschaffen.

#### Zu Artikel 1 Nr. 58

Eine Reihe von Schulen der Sekundarstufe I und II haben entsprechend den Empfehlungen des Fachausschusses „Schulentwicklung“ bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes – vorbehaltlich der Verabschiedung des Gesetzes und zunächst im Rahmen des geltenden Gesetzes – mit der Anpassung ihrer inneren Struktur an die neue Schulstruktur begonnen. Die verbleibenden Schulen müssen damit spätestens mit dem Schuljahr 2011/2012 aufwachsend ab Jahrgang 5 beginnen, können diesen Prozess jedoch ab dem Schuljahr 2010/2011 beschleunigen.

#### Zu Artikel 1 Nr. 59

Da es übergangsweise noch Förderzentren geben wird, ist eine Regelung des Übergangsverfahrens erforderlich. Gleichzeitig wird aber, soweit dies vom Elternwillen getragen wird, eine Bestandsgarantie für drei Schulen in der Stadtgemeinde Bremen ausgesprochen.

#### Zu Artikel 1 Nr. 60

Folgeänderung aus Nr. 50 zu § 55.

#### Zu Artikel 1 Nr. 61

Bevor Werkschulen regelhaft eingeführt werden, wird der Bildungsgang in einem Pilotverfahren erprobt.

#### Zu Artikel 2 Nr. 3 und 4

Die Änderung der Schulstruktur sowie die aktuelle Rechtsprechung zum Aufnahmeverfahren machen punktuelle Veränderungen der gesetzlichen Regelungen erforderlich. Die erstmals in erheblichem Umfang gerichtlich ausgetragenen Streitigkeiten über die Aufnahme an weiterführenden Schulen hat das bisher geltende Regelwerk im Wesentlichen bestätigt. Die von den Gerichten kritisierte Rechtsanwendung fand mit Ausnahme des falsch berichtigten Kriteriums der Schulweglänge unterhalb der Gesetzesebene (auf Richtlinienenebene) statt. Es bedarf bei den Regelungen zur Kapazitätsbegrenzung jedoch einiger Klarstellungen, um den Schulen und der Scholver-

waltung eine Lenkung der Schülerströme, insbesondere beim Übergang 4 nach 5, rechtssicher zu ermöglichen. Laut Gesetzeswortlaut waren kapazitätsbeschränkende Festsetzungen bisher auf „Bildungsgänge“ beschränkt. Dies wird der tatsächlichen Situation vieler Schulen jedoch nur unzureichend gerecht. Die räumliche Situation einzelner Schulen (insbesondere solcher, die in nicht erweiterungsfähigen Altbauten untergebracht sind) macht es erforderlich, je einzelner Schule Kapazitätsgrenzen festzulegen. Pädagogische Erwägungen, wie etwa ein schulisches Ganztagskonzept, erfordern Kapazitätsbegrenzungen je nach Schulart oder Bildungsgang.

Die Regelungen zur Aufnahme bei Überanwahl einer Schule werden im Interesse der Rechtsklarheit rechtstechnisch neu strukturiert. Die einzelnen Aufnahmekriterien und deren Rangfolge werden jetzt schon auf Gesetzesebene je nach Schulart einzeln aufgelistet und teilweise quotiert. Vor dem Hintergrund der neuen Schulstruktur werden zudem die Auswahlkriterien für die Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe verändert.

Folgende neue Kriterien werden aufgenommen: Als härtefallkonkretisierendes Kriterium, das zuvor von den Gerichten nicht anerkannt wurde, wird ein Vorrang für Geschwisterkinder normiert, deren Nichtaufnahme zu erheblichen familiären Problemen führen würde. Bei der Aufnahme in weiterführende Schulen wird zudem ein Vorrang für Grundschulkindern statuiert, die an von den Stadtgemeinden genehmigten Grundschulen eine Fremdsprache erlernt haben, die nur an bestimmten weiterführenden Schulen fortgeführt werden kann. Neu eingeführt wird zudem das Auswahlkriterium der Leistung. Da das Gymnasium bei weiterhin freier stadtweiter Anwählbarkeit in Inhalt und Lerntempo auf das Abitur in acht Jahren ausgerichtet ist, jedoch Schülerinnen und Schüler nicht mehr abschulen kann, muss die Schülerschaft ausgewiesenen Mindestanforderungen an die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft entsprechen. Die Aufnahme des Leistungskriteriums ist daher bei Gymnasien erforderlich und rechtlich auch anerkannt. Auch die Oberschulen sollen mit der Möglichkeit, nach Leistungskriterien auswählen zu können, an ihren Schulen eine für ein anregendes Lernmilieu gute Mischung leistungsstärkerer und -schwächerer Schülerinnen und Schüler herstellen können.

Anders als den Gymnasien werden den Oberschulen weiterhin Grundschulen zugeordnet. Die Zuordnungen werden regionale Bezüge haben. Da die bisherigen Kooperationen ganzer Schulen oder einzelner Klassenverbände oft nicht den formalen Anforderungen genügten, wird diese Möglichkeit gestrichen.

Schließlich muss die Aufnahme in einen Bildungsgang, der in Kooperation mit Dritten (Unternehmen) durchgeführt wird, auch davon abhängig gemacht werden, ob ein Schüler oder eine Schülerin einen Praktikumsplatz bei diesem nachweisen kann (Dies gilt z. B. für das Luft- und Raumfahrtprofil in der Gymnasialen Oberstufe). Ansonsten liefe die Kooperation ins Leere. Für die Schulen mit anerkanntem Sportprofil soll zudem die Möglichkeit bestehen, besonders sportliche Schülerinnen und Schüler bevorzugt aufzunehmen (Dies gilt z. B. für Klassen der sportbetonten Schule Ronzellenstraße).

Die Ermächtigung zur Regelung eines freiwilligen Schulwechsels war bisher in § 37 Schulgesetz enthalten; er war auch schon bisher in der Aufnahmeverordnung geregelt. Durch den aus anderen systematischen Gründen erfolgten Wegfall der Ermächtigung in § 37 Abs. 4 ist hierfür ein neuer Regelungsort erforderlich.

Das Aufnahmeverfahren bei überangewählten beruflichen Bildungsgängen wurde jetzt ebenfalls detailliert im Gesetz geregelt. Wesentlich ist auch hier das Leistungskriterium.

Zu Artikel 2 Nr. 6

Ergänzung für die Stärkung der eigenverantwortlichen Schule.

Zu Artikel 2 Nr. 8

Die Möglichkeit der Einrichtung regionaler Beratungs- und Unterstützungszentren wird hier geschaffen. In Ausnahmefällen sollen Kinder, deren Lern- und Sozialverhalten dies erforderlich macht oder, wenn von ihnen dauerhafte Störungen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit ausgehen, dort auch vorübergehend außerhalb ihrer eigentlichen Stammschule unterrichtet werden können (vergleiche auch Artikel 1 Nr. 48).

Zu Artikel 2 Nr. 9

In Entscheidungen des Verwaltungsgerichts ist das Gericht nicht der Auffassung der senatorischen Behörde gefolgt, wonach es zum originären Berufsbild eines Fachleiters



oder einer Fachleiterin beim Landesinstitut für Schule (LIS) gehört, sowohl an der Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren und an den sonstigen Aufgaben des LIS mitzuwirken als auch Unterricht an Schulen zu erteilen. Insbesondere Letzteres hat es mit Verweis auf eine fehlende Rechtsgrundlage abgelehnt. Da dies aber gängige Praxis und Voraussetzung für die Verzahnung von Theorie und Praxis der Ausbildung einerseits und andererseits auch notwendig ist, um bei nicht vorausplanbaren Bewerberunterhängen das Fachleiterpersonal flexibel einsetzen zu können, muss hierfür eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Mit ihr wird der gegenwärtige Status quo abgebildet, der von einer generellen Zugehörigkeit zum Lehrerberuf ausgeht.

Zu Artikel 2 Nr. 10

Da vor allem Oberschulen nicht sofort und auch nicht mittelfristig alle mit einer eigenen Gymnasialen Oberstufe ausgestattet sein werden, ist es erforderlich, Regularien für eine Kooperation mehrerer Schulen festzulegen. Mit der vorgelegten Regelung wird die Möglichkeit der Zuordnung von Schulen zueinander und des Zusammenschlusses zu Verbänden geschaffen.

Zu Artikel 2 Nr. 11

Die gestrichene Bestimmung war auf andere Organisationsformen der Bildungverwaltung ausgerichtet, die nicht weiterverfolgt werden. Die Einfügung bezieht sich auf notwendige Freiräume für Schulversuche und Reformschulen.

Zu Artikel 2 Nr. 16

Da es keine Grundschulempfehlung mehr gibt, wird die Norm angepasst.

Zu Artikel 2 Nr. 19

Eltern von behinderten Schülerinnen und Schüler sollen in den Elternvertretungen sein.

Zu Artikel 2 Nr. 20 b)

Wegen der größeren Nähe ist es sinnvoll, den Stadtgemeinden die Berufung der Mitglieder des Ausbildungsbeirats zu übertragen.

Zu Artikel 2 Nr. 23, 24 und 26

Diese Ermächtigung ist wegen des vom Bundesverfassungsgericht erneut anlässlich der Entscheidung zur Übertragung von Führungsämtern auf Zeit (vergleiche Beschluss vom 28. Mai 2008 – 2 BvL 11/07 –) betonten Lebenszeitprinzips nicht mehr zulässig und Anpassung aufgrund der Änderung des Bremischen Beamtengesetzes.

Zu Artikel 2 Nr. 27

Diese Organisationsform wurde nie Praxis und wird nicht weiterverfolgt.

Zu Artikel 2 Nr. 30

Die Übergangsregelung ist erforderlich, weil sich die Rechtsstreitigkeiten wegen Aufnahme in eine bestimmte Schule zum Schuljahr 2009/2010 bis nach Inkrafttreten dieses Gesetzes hinziehen können, das Aufnahmeverfahren jedoch noch nach altem Recht vollzogen werden soll.

Zu Artikel 3

Hinsichtlich der konkreten Gestaltung der Arbeitszeit der Fachleiterinnen und Fachleiter wurden verwaltungsgerichtlich fehlende gesetzliche Grundlagen kritisiert. Mit der vorgelegten Regelung wird die bestehende Praxis abgebildet.